



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

28. Jahrgang · Heft 6

Juni 1976

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Aufsätze: **Entwicklung der Studentenzahl**
Agrarberichterstattung



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1974/75	1975/76	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt November bis März		
INDUSTRIE¹				
Produktionsindex	1970 = 100	112 ^a	114 ^a	+ 2
Beschäftigte	1 000	179 ^a	171 ^a	- 4
Umsatz ²	Mill. DM	1 546 ^a	1 762 ^a	+ 14
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	20 ^a	19 ^a	- 2
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	5,8	5,1	- 12
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	1 149	1 479	+ 29
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	391,8	424,1	+ 8
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	322,9	352,5	+ 9
VERKEHR				
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	6 633	8 585	+ 29
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einfuhrpreise	1970 = 100	142,7	148,3	+ 4
Grundstoffpreise ³	1970 = 100	137,5	142,3	+ 3
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte ³	1970 = 100	134,0	137,4	+ 3
landwirtschaftlicher Produkte ³	1970 = 100	122,5 ^a	152,6 ^a	+ 25
Lebenshaltung ⁴				
insgesamt	1970 = 100	131,1	138,2	+ 5
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	126,3	133,3	+ 6
GELD UND KREDIT				
Bestand am Monatsende				
kurzfristige Kredite ⁵	Mill. DM	5 311	5 224	- 2
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	19 729	23 108	+ 17
Spareinlagen	Mill. DM	8 663	10 708	+ 24
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁷	Mill. DM	117	124	+ 6
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	98	111	+ 13
Lohnsteuer	Mill. DM	210	219	+ 4
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	295	281	- 5

- 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
3) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 4) alle privaten Haushalte 5) an die Nichtbankenkundenschaft
6) an die Nichtbankenkundenschaft; einschließlich durchlaufender Kredite 7) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer
a) Januar bis März

INHALT 6/76

	Seite
Aktuelle Auslese	97
Aufsätze:	
Die Entwicklung der Studentenzahl an den Hochschulen in Schleswig-Holstein ..	98
Agrarberichterstattung	107
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie) ...	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

- Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 1975
266 Seiten, Preis 22,— DM
- Statistische Berichte KI 4-74
„Die Personalstruktur in der Jugendhilfe 1974“
12 Seiten, Preis 1,50 DM

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 1/1976

Verarbeitende Industrie 1975
Haushalte und Wohnungen
Geflügelwirtschaft
Ackerschlepper und Feldmaschinen
Sozialhilfeempfänger

Heft 2/1976

Güterverkehr Eisenbahn
Milchviehbetriebe
Teilbeschäftigte 1970

Heft 3/1976

Bundestagswahl 1976 (Teil 1)
Exmatrikulierte Studenten
Wandel im Wohnbau
Millionenvermögen
Straßenverkehrsunfälle

Heft 4/1976

Bruttoinlandsprodukt 1975
Stundenverdienst und Geschlecht
Ausländer
Ausländische Schüler
Schulsport

Heft 5/1976

Agrarbericht 1976
Warenverkehr mit der DDR



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

28. Jahrgang · Heft 6

Juni 1976

Aktuelle Auslese

Leichte Zunahmen der Rinder- und Schafbestände

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Repräsentativerhebung am 3. Juni 1976 wurden in Schleswig-Holstein 1,62 Mill. Rinder, darunter fast 491 000 Milchkühe, sowie 207 000 Schafe gezählt.

Damit nahm sowohl die Zahl der Rinder als auch die der Schafe um etwa 2 % gegenüber Juni 1975 zu. Der Milchkuhbestand stieg gegenüber der Juni-Zählung des Vorjahres um ebenfalls 2 %, wies aber im Vergleich zum Dezember 1975 einen saisonbedingten Rückgang von fast 3 % auf.

Mehr Unfälle, weniger Tote

Auf den Straßen des Landes haben sich in den ersten fünf Monaten dieses Jahres nach z. T. vorläufigen Feststellungen 6 415 Unfälle mit Personenschaden ereignet. Das sind 9 % mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres, doch immer noch weniger als im Jahre 1972, dem Jahr mit den bisher höchsten Unfallzahlen. Die Zahl der Verletzten (Schwer- und Leichtverletzte) hat sich wie die Zahl der Unfälle entwickelt.

Gegensätzlich verlief die Entwicklung bei den Getöteten. Bis zum Mai 1976 sind insgesamt 230 Personen getötet worden. Gegenüber 1975 sind dies 8 % weniger. Im Vergleich zu 1972 ergibt sich sogar ein Rückgang um 31 %. Es ist zu vermuten, daß zu dieser Entwicklung die neuen Bestimmungen der StVO wie die Anschnallpflicht, die Unterbringung von Kindern auf den Pkw-Rücksitzen und das Tragen von Sturzhelmen beim Fahren mit dem Kraft- rad beigetragen haben.

Schülerzahlen noch steigend

Im Herbst 1975 gingen 440 300 Schüler auf allgemeinbildenden Schulen in Schleswig-Holstein, das sind rund 12 000 Schüler oder 2,8 % mehr als im Herbst 1974. 255 000 Schüler (58 %) besuchten eine Grund- und Hauptschule, 77 900 (18 %) eine Realschule, 73 700 (17 %) ein Gymnasium und 21 000 (5 %) eine Sonderschule. Weitere 12 600 Schüler wurden in den vorschulischen Einrichtungen, den integrierten Gesamtschulen und denen der allgemeinen Fortbildung gezählt.

Rückläufig war – wie auch im Vorjahr – lediglich die Zahl der Grundschüler (1. bis 4. Schuljahrgang) und vor allem die der Schulanfänger (– 5,4 %).

Expansive Produktionsentwicklung

Eine lebhafte Produktionstätigkeit und ein vergleichsweise geringer Arbeitskräfte-Einsatz kennzeichneten die Situation der schleswig-holsteinischen verarbeitenden Industrie im ersten Drittel des Jahres 1976. Obwohl die Belegschaftsstärke der Betriebe im Durchschnitt der Monate Januar bis April 1976 um fast 8 000 – das sind mehr als 4 % – geringer war als im gleichen Zeitraum 1975, stieg die erzeugte Gütermenge im ganzen um reichlich 4 % an (Bund: + 6 %).

Aus dem Verkauf ihrer Erzeugnisse erlöste die Industrie im Beobachtungszeitraum 12 % höhere Umsätze als in der vergleichbaren Vorjahresperiode, wobei die Teuerungsrate mit etwa 2 % zu Buche schlug. Diese Entwicklung wurde allein vom Inlandsmarkt getragen (+ 16 %). Das Exportgeschäft verzeichnete demgegenüber einen Rückgang (– 3 %).

Die Entwicklung der Studentenzahl an den Hochschulen in Schleswig-Holstein

Das Hochschulwesen in Schleswig-Holstein hat eine lange Tradition. Im Jahre 1665 wurde durch Herzog Christian-Albrecht von Schleswig-Holstein-Gottorf in Kiel die Universität gegründet, die noch heute den Namen ihres Gründers trägt. Die Lehrinhalte der Kieler Universität entsprachen weitgehend denen der anderen protestantischen Hochschulen des 17. Jahrhunderts. Die Wissenschaften wurden schon damals in Fakultäten abgegrenzt, und zwar in Theologie, Medizin, Philosophie und Jurisprudenz. Erst viel später, teilweise erst nach dem zweiten Weltkrieg, verselbständigten sich die Naturwissenschaften, die Wirtschaftswissenschaften und die Agrarwissenschaften zu Fakultäten, die heute den Fachbereichen entsprechen.

Die pädagogischen Hochschulen in Schleswig-Holstein haben ihre Vorläufer in den Seminaren für Lehrerbildung. Das erste Seminar dieser Art wurde 1781 in Kiel eröffnet. Danach errichtete man auch in anderen Städten Schleswig-Holsteins Lehrerseminare. In Kiel wurde 1926 die Pädagogische Akademie Nachfolgerin des Seminars für Lehrerbildung. Diese Akademie, die der Preußische Kultusminister errichtete, wurde 1933 in eine Hochschule für Lehrerbildung umgewandelt, die allerdings mit Ausbruch des Weltkrieges 1939 ihre Arbeit einstellte und sich 1942 auch offiziell auflöste. Bis 1945 wurden die zukünftigen Lehrer an den Lehrerbildungsanstalten geschult.

Nach dem zweiten Weltkrieg standen in der stark zerstörten Stadt Kiel nur noch wenige Gebäude der Universität. Von dem Willen getragen, den Lehrbetrieb bald wieder in Kiel aufzunehmen, fand man Wege, die Kriegsschäden zu überbrücken. Durch den Umbau von Werkhallen einer beschädigten Fabrik zu Hörsälen schuf sich die Universität die ersten Lehrstätten einer neuen Epoche. Bereits im Wintersemester 1945/46 konnten wieder Vorlesungen aufgenommen werden, wenn auch nicht in gewohnter Umwelt, sondern auf Schiffen, die vor Kiel lagen¹.

Im Jahre 1946 wurde die pädagogische Hochschule Kiel neu gegründet. Gleichzeitig entstand in Flensburg eine zweite pädagogische Hochschule. Beide Hochschulen erhielten 1967 durch Landesgesetz den Status einer eigenständigen, wissenschaftlichen Hochschule. Das Gesetz über die Hochschulen im Lande Schles-

wig-Holstein vom 2. Mai 1973 verleiht den pädagogischen Hochschulen das Promotionsrecht.

Neben den wissenschaftlichen Hochschulen gehören auch die Fachhochschulen zum Hochschulbereich. Ihre Entwicklungsgeschichte ist noch recht kurz. Im Oktober 1968 verabschiedeten die Ministerpräsidenten der Bundesländer zwei Abkommen, die den Rahmen für die Entwicklung der Fachhochschulen setzten. Damit war für die Bundesrepublik Deutschland der Start für eine Reform des Ingenieurschulwesens und der höheren Fachschulen gegeben. Mit dem Gesetz über Fachhochschulen in Schleswig-Holstein (Fachhochschulgesetz) aus dem Jahre 1969 realisierte das nördlichste Bundesland schon sehr früh die Vorstellung der Ministerpräsidenten, indem es die Fachhochschulen in den Hochschulbereich eingliederte. Aus den früheren Ingenieurschulen, den höheren Fachschulen und der Werkkunstschule entstanden Fachhochschulen in Flensburg, Lübeck, Wedel und Kiel, wobei sich einzelne Fachbereiche dieser Hochschulen in Eckernförde, Rendsburg und Neumünster befinden.

Durch das Gesetz über die Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein ist 1973 die Fachhochschule für Musik in die Musikhochschule Lübeck umgewandelt worden. In diesem Gesetz wird auch der Status der früheren Medizinischen Akademie Lübeck, die 1964 als zweite Medizinische Fakultät der Universität Kiel gegründet worden war, als selbständige Medizinische Hochschule Lübeck geregelt. Mit Ausnahme der privaten Fachhochschule in Wedel sind alle anderen Hochschulen in Schleswig-Holstein staatliche Einrichtungen.

Diese Ausführungen sollen genügen, um den institutionellen Rahmen des Untersuchungsbereichs zu setzen.

Zur Methode der Studentenstatistik

Den Zahlen zur Entwicklung der Studentenzahl seit dem Wintersemester 1950/51 sollen einige Hinweise zur Methode der Studentenstatistik vorausgeschickt werden.

Die damals zum Vereinigten Wirtschaftsgebiet zusammengefaßten Länder hatten bereits im Wintersemester 1947/48 die sogenannte kleine Hochschulstatistik aufgebaut. Es war vereinbart worden, daß in jedem Semester die Verwaltungen der Hochschulen einen Fragebogen ausfüllen, der die Studenten nach Fachrichtungen erfaßte. Diese Statistik wurde im Winter-

¹) Einen Überblick über die Entwicklung der Kieler Universität gibt Karl Jordan: Christian-Albrecht-Universität Kiel 1665 bis 1965

semester 1949/50, also nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland, auf alle Länder und im Wintersemester 1950/51 auch auf Berlin ausgedehnt. Auf Grund eines Beschlusses der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder aus dem Jahre 1950 wurde das Statistische Bundesamt aufgefordert, die Schul- und Hochschulstatistiken zu koordinieren. Damit war sichergestellt, daß auch ohne gesetzliche Grundlage eine bundeseinheitliche Statistik der Studenten als koordinierte Landesstatistik zusammengestellt und veröffentlicht werden konnte.

Die kleine Hochschulstatistik hatte den Vorteil, daß sie als Behördenmeldung durch die Hochschulverwaltungen vollständig war und frühzeitig vorlag. Da aber nur sehr wenige Merkmale erfragt wurden, zeigte sich die Aussagefähigkeit dieser Statistik eng begrenzt. Diesem Nachteil begegnete man mit der sogenannten großen Hochschulstatistik. Jährlich, und zwar jeweils im Wintersemester, wurden die Studenten direkt mit einem umfangreichen Erhebungsbogen befragt. Diese bundeseinheitliche Individualstatistik, die in dieser Form der Befragung seit dem Wintersemester 1949/50 durchgeführt wird, berücksichtigt zahlreiche Merkmale, wie zum Beispiel Geburtsjahr, Staatsangehörigkeit, Art der Berechtigung zum Hochschulstudium und Semesterzahl. Da die kleine Hochschulstatistik zu einem frühzeitigeren Termin fertiggestellt wurde als die große Hochschulstatistik, zeigten sich Abweichungen in den Ergebnissen. Die große Hochschulstatistik berücksichtigt noch verspätete Anmeldungen und nachträgliche Exmatrikulationen der Studenten. Außerdem enthält sie nicht mehr die Beurlaubten. In den sich hier anschließenden Ausführungen werden die Zahlen der großen Hochschulstatistik herangezogen.

Zum Wintersemester 1966/67 wurde das Konzept der Studentenstatistik wesentlich geändert. Die im Laufe der Zeit gestiegenen Ansprüche an die Auswertungsmöglichkeiten der Studentenstatistik machten es erforderlich, diese Statistik zu einer Verlaufsstatistik weiterzuentwickeln. Durch die Einführung eines Identifikationsmerkmals für jeden Studenten können nun Datensätze aufeinanderfolgender Semester verknüpft werden. Damit ist die Möglichkeit gegeben, das Studienverhalten der Studenten im Zeitablauf zu charakterisieren, was die umfangreichen Bestandsstatistiken nicht oder nur unzureichend zulassen. Das Identifikationsmerkmal erlaubt es auch, die Anonymität der Studenten im Rahmen der Bestands- wie auch der Verlaufsstatistiken voll zu wahren.

Seit dem Wintersemester 1966/67 ist auch die Periodizität der großen Hochschulstatistik geändert worden, und zwar dergestalt, daß nun

in jedem Semester die umfangreichen, differenzierten Angaben von den Studenten erfragt werden. Mit dem Inkrafttreten des Hochschulstatistikgesetzes im Jahre 1971 wurde es schließlich notwendig, auch die Fachhochschulen in die Individualbefragung der Studenten einzubeziehen.

Nachdem die Anlaufschwierigkeiten der Datenaufbereitung, die seit 1972 mit Hilfe umfangreicher Programme der EDV erfolgt, abgebaut waren, konnte in Schleswig-Holstein auf die Fortführung der kleinen Hochschulstatistik verzichtet werden. Den Konsumenten der Studentenstatistik stehen frühzeitig die Ergebnisse zur Verfügung. Durch die Übernahme und Modifikation des von der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) entwickelten computergestützten Studenten-Operations-Systems (SOS) wurde die Datenerfassung für alle Hochschulen in Schleswig-Holstein rationalisiert, und zwar durch Fortschreibung des größten Teils der Daten und Integration der Datenerfassung in die Verwaltungsabläufe der Hochschulen².

Das erste Ergebnis einer Studentenstatistik für Schleswig-Holstein nach dem zweiten Weltkrieg liegt für die Kieler Universität aus dem Wintersemester 1945/46 vor. Da aber für die pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg die ersten Zahlen über Studenten für die Nachkriegszeit erst seit dem Wintersemester 1950/51 veröffentlicht sind, wird die Entwicklung der Studentenzahlen an der Christian-Albrechts-Universität aus Gründen der Vergleichbarkeit ebenfalls ab Wintersemester 1950/51 dargestellt. Die Zahlenreihe der Studenten an den Fachhochschulen wird für einen kürzeren Zeitraum aufgezeichnet.

Universität Kiel/ Medizinische Hochschule Lübeck

Im Wintersemester 1950/51 studierten an der Universität Kiel 2 857 Studenten. 15 Jahre später, im Wintersemester 1965/66 waren mehr als doppelt so viele Studierende eingeschrieben, nämlich 6 308 Studenten. Der Zustrom auf die Hochschule verstärkte sich. Nach weiteren zehn Jahren, im Wintersemester 1975/76, wurden 12 063 Studenten gezählt. Das entspricht einer Zunahme gegenüber dem Wintersemester 1965/66 von rund 90 %. Es muß hierbei angemerkt werden, daß seit 1964 die Studenten der Medizinischen Hochschule Lübeck in diese Zahlenreihe einbezogen sind. Im Beobachtungszeitraum studierten an dieser Hochschule durchschnittlich 300 Studenten. Die

² Über den Aufbau einer Studentendatei informiert das Heft 11/12 = 1975 dieser Zeitschrift

Zahl der Studenten für die Wintersemester seit 1950/51 können der folgenden Tabelle entnommen werden.

Studenten der Universität Kiel
und der Medizinischen Hochschule Lübeck,
Wintersemester 1950/51 bis 1975/76

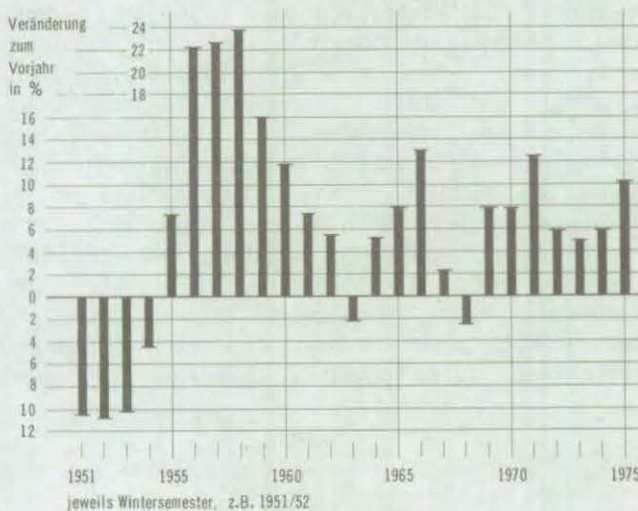
Wintersemester	Studenten	Jährliche Veränderung in %
1950/51	2 857	.
1951/52	2 557	- 10,5
1952/53	2 281	- 10,8
1953/54	2 046	- 10,3
1954/55	1 952	- 4,6
1955/56	2 094	+ 7,3
1956/57 ^a	2 558	+ 22,2
1957/58	3 136	+ 22,6
1958/59	3 878	+ 23,7
1959/60	4 498	+ 16,0
1960/61	5 025	+ 11,7
1961/62	5 394	+ 7,3
1962/63	5 683	+ 5,4
1963/64	5 556	- 2,2
1964/65	5 846	+ 5,2
1965/66	6 308	+ 7,9
1966/67	7 126	+ 13,0
1967/68	7 285	+ 2,2
1968/69	7 101	- 2,5
1969/70	7 654	+ 7,8
1970/71	8 250	+ 7,8
1971/72	9 272	+ 12,4
1972/73	9 820	+ 5,9
1973/74	10 296	+ 4,8
1974/75	10 894	+ 5,8
1975/76	12 063	+ 10,2

a) Für das Wintersemester 1956/57 liegen keine Ergebnisse der großen Hochschulstatistik vor. Deshalb wurden in diesem Falle die Zahlen der kleinen Hochschulstatistik genommen

Die Entwicklung der Studentenzahl an der Christian-Albrechts-Universität und der Medizinischen Hochschule Lübeck wird durch unterschiedliche Phasen charakterisiert. In dem Bild ist das durch die Veränderungsrate der Studentenzahl für die einzelnen Wintersemester dargestellt.

D - 4777

Jährliche Veränderung der Studentenzahl
an der Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck



Die Zahl der Studenten war unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg relativ hoch. Vermutlich haben viele Studienberechtigte ihr Studium, das durch den Krieg lange zurückgestellt werden mußte, sofort nach 1945 aufgenommen. So waren zum Beispiel im Wintersemester 1946/47 an der Kieler Universität gut 3 000 Studenten eingeschrieben. Indem diese Jahrgänge auschieden, entwickelte sich die Studentenzahl bis zum Wintersemester 1954/55 rückläufig; dies wird in negativen Veränderungen sichtbar. Dann aber stieg die Studentenzahl stark an, wobei die Zuwachsraten nach dem Wintersemester 1958/59 allerdings geringer wurden. Diese Entwicklung dauerte bis zum Wintersemester 1963/64. In diesem Semester studierten mit 5 556 Studenten sogar weniger als im Vorjahr, in dem 5 683 Studenten immatrikuliert waren, was einer negativen Zuwachsraten von gut 2 % entspricht. Die Phase der abnehmenden Zuwachsraten der Studentenzahl wird danach von einer kurzen Phase zunehmender Zuwachsraten abgelöst. Die seit 1959/60 höchste Quote von 13 % im Wintersemester 1966/67 - die Zahl der Studenten stieg auf 7 126, ein Jahr vorher waren 6 308 Studenten an der Universität immatrikuliert - muß durch das Kurzschuljahr erklärt werden, das sich durch die Umstellung des Versetzungstermins in dieser Zeit ergab und innerhalb eines Halbjahres zwei Schuljahrgänge zur Hochschulreife brachte. Nach diesem starken Zuwachs stieg im Wintersemester 1967/68 die Zahl der Studierenden nur um rund 2 % und nahm zum Wintersemester 1968/69 sogar um knapp 3 % ab. In den folgenden Jahren wuchs die Studentenzahl dann wieder mit zunehmenden Raten, wobei der höchste Zuwachs zum Wintersemester 1971/72 erreicht wurde. Gegenüber dem Vorjahr lag die Zahl der Immatrikulation mit 9 272 Studenten um gut 12 % höher. Danach stellten sich zunächst für drei Wintersemester etwa gleich hohe Zuwachsraten ein. Vom Wintersemester 1974/75 zum Wintersemester 1975/76 stieg die Zahl der Studierenden dann wieder verstärkt an, nämlich um über 10 % auf 12 063 Studenten.

Der seit dem Wintersemester 1954/55 anhaltende Anstieg der Studentenzahl kann nicht durch eine gleichgerichtete demographische Entwicklung erklärt werden. Jedenfalls lassen es die Zuwachsraten der relevanten Jahrgänge der Bevölkerung Schleswig-Holsteins nicht zu, den Zustrom der Studenten durch wachsende Stärke dieser Altersgruppe zu begründen. Eine Untersuchung für den Hochschulbereich in Schleswig-Holstein zeigt sogar, daß aus demographischen Gründen die Studentenzahl innerhalb des Zeitraumes 1964 bis 1974 um rund 10 % hätte zurückgehen müssen. Tatsächlich ist sie aber um etwa 90 % gestiegen. Der Anstieg der Studentenzahl wird also durch

andere Faktoren erklärt werden müssen, wie zum Beispiel durch die Erweiterung des Hochschulzugangs und die Verlängerung der Studiendauer³⁾.

Die Anteile der Studenten in den einzelnen Fachbereichen haben sich verschoben. Gemessen an der Zahl der eingeschriebenen Studenten unterscheidet man kleine und große Fachbereiche. Zu den kleinen Fachbereichen sind die Theologie, die Agrarwissenschaften und die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu zählen. Im Wintersemester 1950/51 waren 21 % der 2 857 Studenten in Fächern dieser drei Fachbereiche immatrikuliert. 25 Jahre später, im Wintersemester 1975/76, zählten sogar nur 18 % der 12 063 Studenten zu diesen drei Fachbereichen.

Früher war das Studium in der medizinischen Fakultät am stärksten nachgefragt: im Wintersemester 1950/51 studierten über ein Viertel (28 %) der 2 857 Studenten Medizin. Dann aber schrieben sich immer mehr Studenten in die Fachbereiche Philosophie und Mathematik-Naturwissenschaften ein. In den letzten Wintersemestern des Beobachtungszeitraums war über die Hälfte der Studierenden in Studienfächer dieser beiden Fachbereiche immatrikuliert. Dagegen nahm der Anteil der Studenten im Fachbereich Medizin ab. Im Wintersemester 1975/76 studierten nur noch knapp 17 % der 12 063 Studenten Medizin, was eine um 11 Prozentpunkte geringere Quote als im Wintersemester 1950/51 bedeutet. Nachdem bis zum Wintersemester 1965/66 der Anteil der Studenten im Fachbereich Rechtswissenschaften abgenommen hatte, blieb in den letzten zehn Jahren mit 12 bis 13 % diese Quote ziemlich konstant. Eine ähnliche Tendenz ist in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

zu beobachten. Seit dem Wintersemester 1970/71 beträgt der Anteil der Studenten hier rund 7 %.

Gründe für die unterschiedliche Nachfrage nach den einzelnen Fachbereichen sind durch das vorliegende Zahlenmaterial nicht eindeutig erkennbar. Als eine von mehreren Erklärungen für die Höhe der Studentenzahl kann aber die Vielzahl der Studiengänge in den einzelnen Fachbereichen angesehen werden. Unter einem Studiengang versteht man dabei das Studium, das auf einen bestimmten berufsqualifizierenden Abschluß zielt. Zahl und Art der Lehrveranstaltungen sind in Studien- und Prüfungsordnungen festgelegt. In den Fachbereichen Philosophie und Mathematik-Naturwissenschaften werden erheblich mehr Studiengänge angeboten als in den anderen Fachbereichen. Weiterhin ist für die Zahl der Studenten in einem Fachbereich von Bedeutung, ob einzelne Studiengänge dieses Fachbereichs an allen oder nur an einigen Hochschulen angeboten werden. Neben dem Studienangebot bestimmt die Arbeitsmarktsituation die Wahl des Studiums und damit die Zugehörigkeit zu einem Fachbereich. Allerdings werden diese Faktoren, die auf die Entscheidung für einen bestimmten Studiengang wirken, durch den verstärkt eingeführten Numerus clausus teilweise wieder aufgehoben. Nicht mehr der gewünschte Studiengang allein beeinflusst die Zahl der Studenten in den Fachbereichen, sondern der Wille, überhaupt zu studieren, auch wenn die administrativen Beschränkungen den Studenten in ein Fach schleusen, das er nur an zweiter oder dritter Stelle wünscht. Dieser Effekt kann bei der Entwicklung der Studentenzahl im Fachbereich der Agrarwissenschaften vermutet werden. Der Anteil der Studenten in diesem Fachbereich lag lange Zeit um drei Prozent. Seit Anfang der 70er Jahre stieg diese Quote verstärkt an, und zwar in einer Zeit, in der auch an der Kieler Universität der Numerus

3) "Die Lernenden in Schleswig-Holstein 1964 und 1974" in dieser Zeitschrift, Heft 11/12 - 1975, S. 267

Studenten der Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck nach Fachbereichen seit Wintersemester 1950/51

Fachbereich	Studenten im Wintersemester											
	1950/51		1955/56		1960/61		1965/66		1970/71		1975/76	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Theologie	120	4,2	82	3,9	102	2,0	126	2,0	108	1,3	198	1,6
Rechtswissenschaften	460	16,1	381	18,2	715	14,2	713	11,3	1 049	12,7	1 588	13,2
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	259	9,1	201	9,6	420	8,4	573	9,1	557	6,8	841	7,0
Medizin	787	27,5	446	21,3	1 258	25,0	1 758	27,9	1 699	20,6	2 002	16,6
Philosophie	450	15,8	387	18,5	1 337	26,6	1 598	25,3	1 907	23,1	2 864	23,7
Mathematik-Naturwissenschaften	542	19,0	507	24,2	1 072	21,3	1 356	21,5	2 623	31,8	3 433	28,5
Agrarwissenschaften	229	8,0	88	4,2	119	2,4	183	2,9	307	3,7	1 137	9,4
Ohne Angabe	10	0,4	2	0,1	2	0,0	1	0,0	-	-	-	-
Insgesamt	2 857	100	2 094	100	5 025	100	6 308	100	8 250	100	12 063	100

clausus für immer mehr Studiengänge eingeführt wurde. In diesem Beobachtungszeitraum waren die Studiengänge in den Agrarwissenschaften nicht zulassungsbeschränkt. Im Wintersemester 1975/76 strebten über 9 % der 12 063 Studenten an der Christian-Albrechts-Universität einen Abschluß in den Agrarwissenschaften an.

Immer mehr Frauen studieren. Diese Behauptung wird durch das Zahlenmaterial für die Universität Kiel und die Medizinische Hochschule Lübeck gestützt. Danach hatten sich im Wintersemester 1950/51 471 Studentinnen immatrikuliert, das waren gut 16 % der Studenten insgesamt. Dieser Anteil hat sich zum Wintersemester 1955/56 auf knapp 19 % und zum Wintersemester 1960/61 auf 25 % erhöht. Lange Zeit blieb diese Quote etwa konstant. Im Wintersemester 1971/72 stieg der Anteil weiblicher Studenten mit knapp 28 % erstmals eindeutig über 25 % und im Wintersemester 1975/76 waren bereits über ein Drittel (35 %) der Studenten weiblichen Geschlechts.

Die Studentinnen sind in Studiengängen aller Fachbereiche immatrikuliert, wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten für die einzelnen Bereiche. Die Mehrzahl der weiblichen Studenten findet sich in den Fächern der Medizin, Philosophie oder Mathematik-Naturwissenschaften. Daran hat sich in den letzten 25 Jahren nichts geändert. Im Wintersemester 1950/51 waren in diesen drei Fachbereichen 82 % der 471 Studentinnen eingeschrieben, im Wintersemester 1955/56 waren es gut 83 % der 396 Studentinnen und abermals fünf Jahre später hatten gut 86 % der 1 235 weiblichen Studierenden an der Kieler Universität ihre Immatrikulation in Studiengängen dieser drei Fachbereiche. Zum Wintersemester 1965/66 zählten knapp 89 % der 1 524 Studentinnen zu den Fachbereichen Medizin, Philosophie oder Mathematik-Naturwissenschaften. Diese starke Konzentration auf einen Teil des Studienangebots verringerte sich in den nächsten Semestern: im Wintersemester 1970/71 waren 88 % der 2 122 weiblichen Studenten und im Wintersemester 1975/76 nur noch 71 % der 4 203 Studentinnen in diesen Fachbereichen eingeschrieben. Mit steigender Zahl weiblicher Studierender verteilt sich anscheinend ihre Nachfrage vermehrt auf das gesamte Studienangebot.

Bei den männlichen Studenten zeigt sich eine gegenläufige Entwicklung. Im Wintersemester 1950/51 studierten 58 % von ihnen in den Fachbereichen Medizin, Philosophie oder Mathematik-Naturwissenschaften. Zehn Jahre später betrug dieser Anteil bereits 69 % und im Wintersemester 1965/66 schon 70 %. Nachdem im Wintersemester 1970/71 71 % aller männlichen

Studenten in Studiengängen dieser drei Bereiche eingeschrieben waren, konnte man das im Wintersemester 1975/76 noch für gut zwei Drittel der männlichen Studenten feststellen.

Die meisten Studentinnen sind im Fachbereich Philosophie eingeschrieben, jedoch verringerte sich dieser Anteil. Im Beobachtungszeitraum zwischen den Wintersemestern 1960/61 und 1965/66 studierten rund 50 % der Studentinnen Studiengänge der Philosophie, im Wintersemester 1975/76 waren es nur noch 36 % der weiblichen Studenten. Innerhalb des Fachbereiches Philosophie werden vor allem englische, deutsche und romanische Philologie von den Studentinnen nachgefragt. Für diese Studiengänge der Sprach- und Literaturwissenschaften immatrikulierten sich nach den Ergebnissen der letzten vier Wintersemester 60 % der in dem Fachbereich Philosophie eingeschriebenen Studentinnen an der Kieler Universität. Bevorzugt werden auch die Studienfächer Leibbeserziehung und Psychologie, so daß gut drei Viertel der Studentinnen des Fachbereichs Philosophie einen dieser fünf Studiengänge verfolgten.

Die männlichen Studenten bevorzugen ein Studium im Fachbereich der Mathematik-Naturwissenschaften. Vor allem seit dem Wintersemester 1970/71 zeigt sich eine deutliche Priorität für diese Fächer. Der Anteil derjenigen männlichen Studenten, die in einem mathematisch-naturwissenschaftlichen Studiengang eingeschrieben waren, betrug in den letzten fünf Jahren stets über 30 %. Eine solche starke Konzentration auf einen Fachbereich seitens der männlichen Studenten gab es vorher nicht. Aber auch bei den Studentinnen der Universität Kiel sind Fächer der Mathematik-Naturwissenschaften beliebt. Schon im Wintersemester 1950/51 studierten gut 22 % der weiblichen Studierenden einen Studiengang dieses Fachbereichs, und 25 Jahre später war dieser Anteil gleich hoch. Im Zeitablauf schwankte der Anteil der Studentinnen im Fachbereich Mathematik-Naturwissenschaften um 6 Prozentpunkte nach oben und nach unten. In den Mathematik-Naturwissenschaften ist die überragende Mehrzahl der Studentinnen ebenfalls in fünf Studiengängen eingeschrieben. Biologie, Chemie, Geographie, Mathematik und Pharmazie studierten nach den jüngsten Auswertungen über 80 % der Studentinnen des Fachbereiches Mathematik-Naturwissenschaften, wobei darunter am häufigsten Biologie gewählt wurde.

Die Entwicklung der Zahl weiblicher Studenten zeigt weiterhin, daß bei steigender Zahl der Studentinnen relativ weniger Studentinnen Medizin studieren. Im Wintersemester 1950/51

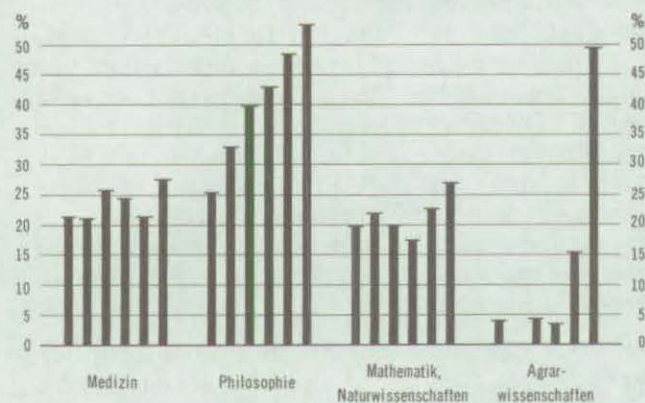
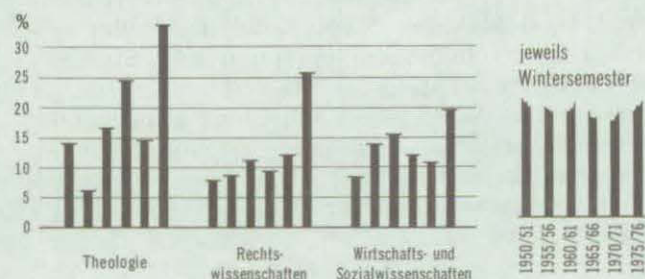
strebten noch rund 35 % der 437 Studentinnen den Arztberuf an, zehn Jahre später waren es noch 26 % und im Wintersemester 1975/76 studierten von den 4 203 Studentinnen nur noch 13 % Medizin.

Diese Tendenz ist ebenfalls bei den männlichen Studenten zu beobachten. Auch bei ihnen ist der Mediziner-Anteil rückläufig, wenn auch nicht in dem Maße. Im Wintersemester 1950/51 studierten 26 % der männlichen Studenten Medizin, im Wintersemester 1960/61 25 %, im Wintersemester 1970/71 22 % und im Wintersemester 1975/76 knapp 19 %, so daß ein Rückgang um sieben Prozentpunkte innerhalb von 25 Jahren zu beobachten ist. Bei den Kommilitoninnen beläuft sich der Rückgang auf 22 Punkte.

Nachdem die Verteilung der weiblichen und männlichen Studenten auf die Fachbereiche getrennt dargestellt wurde, zeigt das folgende Bild die Entwicklung der Anteile weiblicher Studenten in den einzelnen Fachbereichen.

D - 4778

Anteile der weiblichen Studenten in den Fachbereichen an der Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck



Es ist deutlich zu erkennen, daß der Anteil der weiblichen Studenten in allen Fachbereichen zugenommen hat, vor allem in den Bereichen, die früher nur wenige Studentinnen aufwiesen, wie die Agrarwissenschaften, Rechtswissenschaften und Theologie. Die Tendenz, daß sich die Nachfrage der Studentinnen verstärkt über das Studienangebot aller Fachbereiche verteilt, wird also auch hier verdeutlicht. In den von den Studentinnen bevorzugten Fachbereichen Medizin, Philosophie und Mathematik-Naturwissenschaften sind die Anteile weiblicher Studenten

gegenüber früheren Semestern weniger stark gestiegen. Die höchsten Anteile weiblicher Studenten sind in den Fachbereichen Philosophie - hier studierten im Wintersemester 1975/76 mehr Frauen als Männer - und Agrarwissenschaften zu beobachten. Bemerkenswert am Studienverhalten der Studentinnen erscheint dabei ihr hoher Anteil im Fachbereich Agrarwissenschaften im letzten Jahr. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die Studiengänge in den Agrarwissenschaften bis vor kurzem keinen Zulassungsbeschränkungen unterlagen, und daher auch von weiblichen Studienwilligen verstärkt gewählt wurden. Außerdem ist mit der Einführung des Studiengangs Trophologie (Ernährungs- und Haushaltswissenschaften) im Wintersemester 1970/71 das Studienangebot in den Agrarwissenschaften dahingehend erweitert worden, daß dem Interesse weiblicher Studenten verstärkt entgegengekommen wird. So studierten im Wintersemester 1975/76 1 137 Studenten Agrarwissenschaften. Darunter waren 319 Studenten im Studiengang Trophologie eingeschrieben. Der Anteil der weiblichen Studenten betrug hier 78 %, während er sich bei den Agrarwissenschaften ohne Trophologie auf 38 % belief.

Die Fachbereiche Medizin, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und Mathematik-Naturwissenschaften haben sich hinsichtlich der Geschlechtsproportionen im Zeitablauf am wenigsten geändert.

Pädagogische Hochschulen

Die Studentenzahlen der pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg sind in dem Beobachtungszeitraum 1950 bis 1975 stärker gestiegen als die der Universität Kiel und Medizinischen Hochschule Lübeck. Im Wintersemester 1950/51 studierten 486 Studenten in Kiel und Flensburg, zehn Jahre später waren bereits 1 081 Studenten eingeschrieben. Die Zahl der Studenten hat sich in diesem Zeitraum also mehr als verdoppelt. Abermals zehn Jahre später, im Wintersemester 1970/71 waren 2 189 Studenten an den beiden pädagogischen Hochschulen immatrikuliert, was einem Zuwachs gegenüber dem Wintersemester 1960/61 von über 100 % und gegenüber dem Wintersemester 1950/51 von 350 % entspricht. Die Entwicklung der Studentenzahl der Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck wies niedrigere Zuwachsraten auf: gegenüber dem Wintersemester 1950/51 stieg die Zahl der Studierenden im Wintersemester 1960/61 um rund 75 % und im Wintersemester 1970/71 um knapp 190 %.

In den letzten Jahren des Beobachtungszeitraums beschleunigte sich der Zuwachs der

Studenten an den pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg. Im Wintersemester 1971/72 studierten 2 909 Studenten an diesen Hochschulen, das sind über 30 % mehr als im Wintersemester 1970/71. Ein Jahr später betrug die jährliche Zuwachsrate knapp 25 % und gegenüber dem Wintersemester 1972/73 stieg die Studentenzahl im Wintersemester 1973/74 um 11 % auf 4 019 Studenten. In den beiden letzten Semestern dieser Zeitreihe verringerte sich dann die Zunahme auf jeweils 2 %. Im Wintersemester 1975/76 studierten in Kiel und Flensburg 4 197 Studenten. Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Studentenzahl an den beiden pädagogischen Hochschulen seit dem Wintersemester 1950/51.

Studenten der pädagogischen Hochschulen
in Kiel und Flensburg,
Wintersemester 1950/51 bis 1975/76

Wintersemester	Studenten	Jährliche Veränderung in %
1950/51	486	-
1951/52	480	- 1,2
1952/53	439	- 8,5
1953/54	409	- 6,8
1954/55	383	- 6,4
1955/56	452	+ 18,0
1956/57	579	+ 28,1
1957/58	646	+ 11,6
1958/59	715	+ 10,7
1959/60	867	+ 21,3
1960/61	1 081	+ 24,7
1961/62	1 174	+ 8,6
1962/63	1 054	- 10,2
1963/64	920	- 12,7
1964/65	1 439	+ 56,4
1965/66	1 549	+ 7,6
1966/67	2 001	+ 29,2
1967/68 ^a	2 139	+ 6,8
1968/69	2 121	- 0,8
1969/70	1 949	- 8,1
1970/71	2 189	+ 12,3
1971/72	2 909	+ 32,9
1972/73	3 623	+ 24,5
1973/74	4 019	+ 10,9
1974/75	4 109	+ 2,2
1975/76	4 197	+ 2,1

a) ab Wintersemester 1967/68 einschließlich der Studenten, die das Lehramt an Sonderschulen anstreben.

Wie an der Universität Kiel war bis Mitte der 50er Jahre die Zahl der Studenten an den pädagogischen Hochschulen rückläufig, was durch den oben bereits angeführten Grund - Ausscheiden der Studenten, die unmittelbar nach Kriegsende ins Studium drängten - zu erklären ist. Ab Wintersemester 1955/56 nahm die Zahl der Studierenden zu. Die Entwicklung der Studentenzahl an den pädagogischen Hochschulen in Schleswig-Holstein ist vor allem durch hohe Zuwächse zwischen den Wintersemestern 1963/64 und 1967/68 einerseits und zu Beginn der 70er Jahre andererseits gekennzeichnet.

Die Zunahme der Studenten im Wintersemester 1964/65 gegenüber dem Wintersemester 1963/64 um über 500 Studenten, das entspricht einer Zuwachsrate von über 56 %, erklärt sich daraus, daß ab 1. 4. 1962 die Ausbildung der Lehrer von vier auf sechs Semester verlängert wurde. Die Verlängerung des Studiums wirkte sich 1964/65 auf die Zahl der Studierenden aus. Die Quote von 29 % im Wintersemester 1966/67 ist auch hier sicherlich die Auswirkung der Kurzschuljahre.

Nach einer Verminderung der Anzahl um 8 % im Wintersemester 1969/70 beschleunigte sich wieder die Zunahme der Studenten an beiden pädagogischen Hochschulen, was durch jährliche Raten von 12 %, 33 %, 25 % und 11 % gekennzeichnet wird. Die Zuwachsraten verringerten sich erst wieder, als der Numerus clausus auch für Lehramtskandidaten verstärkt wurde. Die Zuwächse von je 2 % seit 1974/75 verdeutlichen das.

Die langfristig ziemlich stark steigende Zahl der Studenten an den beiden pädagogischen Hochschulen läßt sich auch mit subjektiven, schwer quantifizierbaren Gründen erklären. So ist durch die Maßnahme der Studienverlängerung vielleicht das Studium an den pädagogischen Hochschulen im Ansehen der Studienberechtigten gestiegen, was dann zu einer verstärkten Nachfrage nach einer erziehungswissenschaftlichen Ausbildung an pädagogischen Hochschulen führen kann. Das hier angesprochene Sozialprestige der pädagogischen Hochschulen wurde vermutlich noch durch die Erweiterung des Studienangebots gesteigert. Seit dem Wintersemester 1970/71 werden an den pädagogischen Hochschulen in Schleswig-Holstein neben den Studiengängen des Grund- und Hauptschullehrers und Sonderschullehrers⁴ auch die Studiengänge des Realschullehrers und des Diplom-Pädagogen angeboten. Dabei handelt es sich um zwei Studiengänge, die eine höhere Studiendauer verlangen als das Studium für Grund- und Hauptschullehrer und somit auch von dieser Seite auf die Zahl der Studenten erhöhend wirken.

Inwieweit die unterschiedliche Darstellung der Perspektive für den Lehrerberuf durch die politischen Entscheidungsträger und anderen Institutionen auf die Zahl der Studenten einwirkte, ist schwer nachzuweisen. Die gestiegene Attraktion des Lehrerberufes kann unter Umständen anhand der Studenten aufgezeigt werden, die über den zweiten Bildungsweg in die pädagogischen Hochschulen gelangt sind. Das für die beiden Hochschulen in Kiel und Flensburg vorliegende Zahlenmaterial zeigt,

4) Die Ausbildung der Sonderschullehrer erfolgte bis zum 1. 4. 1967 in einjährigen Lehrgängen. Danach wurde der Lehrgang in das jetzige Institut für Heilpädagogik der Pädagogischen Hochschule Kiel verlegt.

daß der Anteil der Studienanfänger, die über die Eignungsprüfung die Studienberechtigung erwarben, in dem Zeitraum zwischen den Wintersemestern 1966/67 und 1975/76 zwischen 6 % und 17 % schwankte. Für die Universität Kiel sind im gleichen Beobachtungszeitraum Anteile der Studienanfänger, die über den zweiten Bildungsweg die Studienberechtigung erwarben, von stets weniger als 0,5 % festzustellen. Die Zahlen für die pädagogischen Hochschulen könnten als Indiz für den Erfolg der Lehrerwerbung gewertet werden. Andererseits kann jetzt vermutet werden, daß die zur Zeit nicht mehr so günstig eingeschätzte Berufssituation des Lehrers auf die Studienentscheidung in der Form wirkt, daß weniger Studienberechtigte Lehrer werden wollen. Die Ergebnisse der jährlich durchzuführenden Abiturientenbefragung scheinen das zu belegen. Nach den Aufbereitungen für Schleswig-Holstein wollten 1975 nur 32 % der studienwilligen Abiturienten ein Lehramt anstreben. 1974 und 1973 hatten jeweils 34 % der in Frage kommenden Schüler diesen Wunsch und 1972 sogar noch gut 38 %.

Die geschlechtsspezifische Darstellung zeigt, daß die Anteilswerte der Geschlechter anders sind als an der Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck. Die Geschlechterproportion zeigt im Wintersemester 1950/51 noch ein leichtes Übergewicht der männlichen Studenten: 53 % der eingeschriebenen Studierenden waren in dieser Berichtsperiode männlichen Geschlechts. Danach aber wuchs der Anteil der weiblichen Studenten. Im Wintersemester 1960/61 stieg der Anteil der weiblichen Studenten auf 72 %. In den folgenden Semestern sank diese Quote zwar etwas, doch wurde der Prozentsatz von 63 % für den Anteil der Studentinnen in der folgenden Zeit nie unterschritten.

Fachhochschulen⁵

Außer für die Fachbereiche Gestaltung und Wirtschaft der heutigen Fachhochschule Kiel und für die Fachhochschule Lübeck, Fachbereich Technik, liegen seit 1958 von den damaligen Ingenieur- und höheren Fachschulen Ergebnisse der Kollektiverhebung im Herbst jedes Jahres vor, die von den jeweiligen Verwaltungen aufgestellt wurden. Nachdem das Hochschulstatistikgesetz den Erhebungsbereich um die Fachhochschulen erweitert hatte, sind seit dem Sommersemester 1973 auch in Schleswig-Holstein die Studenten an Fachhochschulen in jedem Semester individuell befragt worden.

5) Weitere Ausführungen an den Fachhochschulen in Schleswig-Holstein in dieser Zeitschrift, Heft 3/1974, S. 56 ff.

Studenten an heutigen Fachhochschulen¹
in Schleswig-Holstein,
Wintersemester 1958/59 bis 1975/76

Wintersemester	Studenten	Jährliche Veränderung in %
1958/59	1 811	
1959/60	2 035	+ 12,4
1960/61	2 265	+ 11,3
1961/62	2 565	+ 13,2
1962/63	3 059	+ 19,3
1963/64	3 741	+ 22,3
1964/65	3 921	+ 4,8
1965/66	3 964 ^a	+ 1,1
1966/67	3 797	- 4,1
1967/68	3 638	- 4,2
1968/69	3 541	- 2,7
1969/70	3 533	+ 0,2
1970/71	3 991	+ 13,0
1971/72	4 590	+ 15,0
1972/73	4 867	+ 6,0
1973/74 ^b	4 598	- 5,5
1974/75	4 422	- 3,8
1975/76	4 136	- 6,5

1) und ihren Vorläufern

a) ab Wintersemester 1965/66 einschließlich Kerntechnik; einschließlich schätzungsweise 180 Studenten im heutigen Fachbereich Gestaltung, für den 1965/66 keine Angaben vorlagen

b) Seit 1973 gehört die Musikhochschule Lübeck nicht mehr zum Fachhochschulbereich. Wegen des Vergleichs sind jedoch die Studenten dieser Hochschule hier auch weiterhin mitgezählt

Die Zahlenreihe in der Tabelle zeigt seit 1958/59 bis 1963/64 eine zunehmend steigende Tendenz der Studentenzahlen. Diese Entwicklung erklärt sich in erster Linie daraus, daß ab 1962 der Fachbereich Technik der Fachhochschule Lübeck und ab 1963 der Fachbereich Gestaltung der Fachhochschule Kiel in die Erhebung einbezogen wurden. Für die Wintersemester 1964/65 und 1965/66 stellten sich noch Zuwachsraten ein, doch sind sie mit Werten von 5 % und 1 % nicht mehr so stark wie vorher. Seit 1965 werden auch die Studenten im Fachbereich Wirtschaft der Fachhochschule Kiel mitgezählt; dennoch nahm in den folgenden Jahren die Zahl der Studierenden ab. Der relativ hohe Anstieg der Studentenzahl im Wintersemester 1970/71 um 13 % auf 3 991 Studenten und ein Jahr später um 15 % auf 4 590 läßt sich unter anderem dadurch erklären, daß die im Gesetz über Fachhochschulen im Lande Schleswig-Holstein vom 26. Juni 1969 festgelegten Studienvoraussetzungen erst mit Wirkung zum 1. August 1971 in Kraft traten. Neben der allgemeinen Hochschulreife berechtigt danach die Fachhochschulreife und die fachgebundene Hochschulreife zum Studium an Fachhochschulen. Die Fachhochschulreife wird durch den Nachweis der Versetzung von der 12. in die 13. Klasse des Gymnasiums erworben oder innerhalb der Studienstufe den Schülern zuerkannt, die die Hälfte der zum Abitur (allgemeine Hochschulreife) notwendigen Punkte und die Hälfte der zum Abitur erforderlichen Kursbescheinigungen nachweisen. Die fachgebundene

Hochschulreife berechtigt nur zum Studium bestimmter Studiengänge und wird unter anderem durch die Ergänzungsprüfung für das Studium an Fachhochschulen erworben. Die früheren Ingenieur- und höheren Fachschulen, die die Vorläufer der heutigen Fachhochschulen waren, konnte man besuchen, wenn man die mittlere Reife und - meistens - eine praktische Ausbildung besaß. Mit der Errichtung der Fachhochschulen wurden also die Anforderungen an die schulischen Voraussetzungen angehoben. Der jetzt angesprochene bildungswillige Personenkreis ist nicht mehr der gleiche wie die Ausbildungskandidaten für die ehemaligen Ingenieur- und höheren Fachschulen. Es kann vermutet werden, daß sich 1970 und 1971 die Studienwilligen verstärkt nach alten Voraussetzungen (mittlere Reife und praktische Ausbildung) einen Studienplatz sichern wollten.

Im Wintersemester 1972/73 nahm die Zahl der Studenten weniger stark zu, nämlich nur noch um 6 % auf 4 867 Studenten. In den folgenden Semestern studierten sogar absolut gesehen weniger Studenten als im jeweiligen Vorsemester. Diese Entwicklung überrascht, wenn man sich den Ansturm der Studienwilligen im übrigen Hochschulbereich vor Augen hält.

Sicherlich beeinflussen die zum 1. August 1971 in Kraft getretenen neuen Zulassungsbedingungen für das Fachhochschulstudium die Zahl der Studenten, und zwar in die beobachtete Richtung. Mit dem Erwerb der allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife ist in der Regel auch der Wunsch verbunden, ein Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule aufzunehmen. Der Anteil derjenigen Schüler, die mit der Fachhochschulreife den Sekundarbereich II verlassen, muß nach dem vorliegenden Zahlenmaterial niedrig angesetzt werden. Danach scheinen Gründe dafür zu sprechen, bevorzugt einen Studienabschluß an einer wissenschaftlichen Hochschule anzustreben. Einmal erwartet der erfolgreiche Absolvent von wissenschaftlichen Hochschulen materielle Vorteile im Berufsleben gegenüber dem Fachhochschulabgänger. Außerdem gibt es Tätigkeitsbereiche, für die Ausbildungsmöglichkeiten nur an der Universität angeboten werden, so zum Beispiel für die Berufe des Juristen, Arztes und Gymnasiallehrers. Entscheidet man sich für eine dieser Ausbildungen, so entscheidet man sich gleichzeitig für eine Hochschulart und damit auch für die Art der Hochschulzugangsberechtigung.

Inwieweit die Fachhochschulen angesichts des Numerus clausus als Alternative zum Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule gesehen werden, ist ungewiß. Viele Studenten, die für das Studium eines bestimmten Faches an der wissenschaftlichen Hochschule abgewiesen werden, studieren vermutlich zuerst ein ande-

res Fach an der gleichen Hochschule, in der Hoffnung, später doch noch eine Zulassung für das Studium erster Wahl zu erhalten. Ein inhaltlich verwandtes Studium an der Fachhochschule bietet demnach keine Alternative.

Die Fachhochschulen vervollständigen das Studienangebot der Hochschulen in Schleswig-Holstein. Studiengänge, die technische Ausbildungen vermitteln und mit der Vergabe des Titels Ingenieur grad. abschließen, werden an allen vier Fachhochschulen angeboten. Nicht eindeutig zu dem technisch ausgeprägten Studiengang zu zählen ist das Studium der Landwirtschaft an der Fachhochschule Kiel, mit Standort in Rendsburg. Außerdem kann man in Lübeck zum Wirtschaftsingenieur für Seeverkehr, in Kiel zum Designer und Betriebswirt graduieren. An der Fachhochschule Kiel werden die Sozialarbeiter und Sozialpädagogen ausgebildet.

Die Entwicklung der Studentenzahlen, eingeteilt nach Fachbereichen, wird seit dem Wintersemester 1969/70, also nach dem Inkrafttreten des Fachhochschulgesetzes, aufgezeichnet. Hierbei ist der Begriff Fachbereich nur nach inhaltlichen und nicht nach organisatorischen Gesichtspunkten definiert. Unterschieden werden die Fachbereiche Technik, Seefahrt, Sozialwesen, Gestaltung, Landwirtschaft und Betriebswirtschaft. Die Studenten der Musikhochschule Lübeck bleiben in dieser Darstellung unberücksichtigt.

Im Wintersemester 1969/70 studierten 80 % der 3 340 Studenten ein Fach aus dem Bereich Technik. Dieser Anteil wurde von Semester zu Semester geringer. Für die Wintersemester 1974/75 und 1975/76 waren nur noch 63 % der Studenten in einem Studium einer technischen Disziplin an den Fachhochschulen in Schleswig-Holstein eingeschrieben. Mit der seit dem Wintersemester 1972/73 zu beobachtenden Tendenz abnehmender Studentenzahlen im Fachhochschulbereich ist also auch eine Verringerung des Anteils der Studenten verbunden, die in den Fachbereichen Technik immatrikuliert sind. Auch in den beiden Fachbereichen Seefahrt und Landwirtschaft studieren heute weniger Studenten als früher. Das Kapitänspatent strebten 1969/70 knapp 4 % der 3 340 Studenten an, im Wintersemester 1975/76 nur noch 1 % der 3 905 Studenten. Um vier Prozentpunkte fiel der Anteilswert im Fachbereich Landwirtschaft gegenüber dem Wintersemester 1969/70 von 6 % auf 2 % im Wintersemester 1975/76. Dagegen stiegen in den anderen Fachbereichen die Anteilswerte. Ein Studium im Sozialwesen nahmen im Wintersemester 1969/70 gut 3 % der 3 340 Studierenden auf, 6 Jahre später betrug diese Quote bereits 17 %. Ebenfalls steigende Tendenz zeigt die Studen-

tenzahl im Fachbereich Betriebswirtschaft. Gegenüber dem Wintersemester 1969/70 ist hier der Anteil der Studenten im Wintersemester 1975/76 um sieben Prozentpunkte auf 9 % gestiegen. Schließlich ist auch ein Zuwachs der Studentenzahl im Fachbereich Gestaltung zu beobachten, wo im Wintersemester 1969/70 knapp 6 % der Studenten eingeschrieben waren, im Wintersemester 1975/76 stieg dieser Wert auf gut 8 %.

Das Studium an Fachhochschulen scheint für Frauen attraktiv geworden zu sein. Gehörten im Wintersemester 1969/70 nur 5 % der 3 340 Studenten an Fachhochschulen in Schleswig-Holstein zum weiblichen Geschlecht, so waren das im Wintersemester 1975/76 bereits 20 % der 3 905 Studenten. Die Zahl weiblicher Studenten ist dabei in diesem Zeitraum von 180 auf 765 Studentinnen angestiegen.

Betrachtet man die Anteile weiblicher Studenten in den einzelnen Fachbereichen, so kann geschlossen werden, daß die Schiffe vorerst weiterhin von Männerhand über die Weltmeere gesteuert werden. In keinem Semester lag eine Immatrikulation einer Studentin im Fachbereich Seefahrt vor. Auch im Fachbereich Landwirtschaft sind nur vereinzelt Frauen eingeschrieben. Unter den 224 Studenten im Wintersemester 1970/71 waren zwei Studentinnen. Im Wintersemester 1975/76 studierten in diesem Bereich fünf Studentinnen. Aber sonst werden alle anderen Studiengänge der Fachbereiche von Studentinnen stärker nachgefragt. Offensichtlich sind immer mehr Frauen ermutigt, einen Ingenieurberuf zu erlernen. Waren im Wintersemester 1969/70 von 2 657

Studenten im Fachbereich Technik nur 1 % weiblichen Geschlechts, so erhöhte sich dieser Anteil auf 8 % im Wintersemester 1975/76. Genauso hoch ist der Wert im Fachbereich Betriebswirtschaft: im Wintersemester 1975/76 waren unter 335 Studenten 29 Studentinnen eingeschrieben; vor sechs Jahren hatte sich der entsprechende Anteilswert auf knapp 3 % belaufen.

In den Fachbereichen Sozialwesen und Gestaltung sind die meisten Studentinnen eingeschrieben. Im Wintersemester 1975/76 waren es zum Beispiel 70 % der 765 Studentinnen an den Fachhochschulen in Schleswig-Holstein überhaupt. Dabei studieren im Fachbereich Sozialwesen seit dem Wintersemester 1969/70 immer mehr Frauen als Männer. Der Anteilswert schwankte zwischen 52 % 1969/70 und 59 % 1970/71. Im Wintersemester 1975/76 immatrikulierte sich 373 Studentinnen im Fachbereich Sozialwesen, das sind 57 % der 652 hier eingeschriebenen Studenten. Ähnlich stellt sich die Geschlechterproportion im Fachbereich Gestaltung dar. Im Wintersemester 1969/70 waren 45 % der 190 Studenten weiblichen Geschlechts, sechs Jahre später erhöhte sich dieses Verhältnis zugunsten der Studentinnen auf 52 %.

Die Entwicklung der Studentenzahlen an den Fachhochschulen läßt sich durch abnehmende Immatrikulationen in den letzten Jahren charakterisieren. Dagegen ist die Zahl der Studentinnen gestiegen, und zwar auch in Fachbereichen, die vor allem der Interessenlage der männlichen Studenten entsprechen.

Friedrich-Karl Wormeck

Agrarberichterstattung

Eine laufende Entwicklungsbeobachtung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
in Schleswig-Holstein

1949 hat es in Schleswig-Holstein rund 54 200 landwirtschaftliche Betriebe ab 2 ha LN mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 1,13 Mill. ha gegeben; 1974 wurden in der Agrarberichterstattung nur noch 33 736 landwirtschaftliche Betriebe ab 2 ha LF mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 1,11 Mill. ha erfaßt. Demnach hat in den letzten 25 Jahren die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe um fast die Hälfte abgenommen, dagegen blieb die landwirtschaftlich genutzte Fläche annähernd konstant. Bei differenzierter Betrachtung dieser Entwicklung wird deutlich, daß 1949 in der Größenordnung 2 bis unter 30 ha LF rund 43 350 Betriebe vorhanden waren, dagegen existierten 1974 in dieser Größen-

klasse nur noch 18 720 Betriebe. Entgegen- gesetzt verlief die Entwicklung in der Größen- klasse 30 und mehr ha LF. Hier stieg die Zahl der Betriebe von 10 870 im Jahre 1949 in 25 Jahren auf 15 020.

Ähnliche strukturelle Entwicklungen zeigte auch die Viehhaltung. Die landwirtschaftlichen Betriebe in der mittleren Größenklasse (20 bis 50 ha LF) bewirtschaften heute in Schleswig-Holstein 48 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche, sie halten aber auch 58 % des Rindviehs und 45 % der Schweine.

Diese Daten konnten bisher aus den herkömmlichen Erhebungen der Bodennutzung und des Viehbestandes ermittelt werden. Dabei fehlte

aus technischen Gründen eine Auswertung im einzelbetrieblichen Zusammenhang. Strukturdaten, die den einzelbetrieblichen Zusammenhang berücksichtigten, wurden bisher nur im zehnjährigen Rhythmus aus den Landwirtschaftszählungen erstellt. Bei den heutigen schnellen Wandlungen auf dem Agrarsektor gilt es, für den Bereich der Agrarstatistik wirklichkeitsgetreue und rechtzeitige detaillierte Informationen zu liefern. Bereits nach wenigen Jahren waren die bisher gewonnenen Strukturdaten für Planungsaufgaben der Agrarpolitik und der regionalen Wirtschaftspolitik wie auch für Zwecke der Forschung und Verwaltung nur noch begrenzt verwendbar.

Weil die bisherigen Großzählungen der Agrarstatistik kein zeitnahes Bild der agrarstrukturellen Verhältnisse lieferten, verlangten die Europäischen Gemeinschaften zur Aktualisierung des agrarstatistischen Instrumentariums zweijährliche Erhebungen über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe. Auch im nationalen Bereich erfordert die politische und wirtschaftliche Entscheidungsfindung mit ihren bedeutenden öffentlichen und privatwirtschaftlichen Folgen moderne Statistiken. Dies gilt besonders für die einem starken Strukturwandel unterliegende Landwirtschaft. Die Wünsche der EG und die nationalen Vorstellungen zur Verbesserung der Agrarstatistik werden in der Agrarberichterstattung realisiert.

Zur Erreichung dieser Ziele bieten sich die Erfahrungen aus der Landwirtschaftszählung 1971 an. In dieser Erhebung wurden alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in ihrer Gesamtheit erfaßt. Mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung konnten die erhobenen Strukturmerkmale sehr vielseitig ausgewertet werden. Für die Agrarberichterstattung wurden für den zwar eingeschränkten, im übrigen aber gleichartigen Merkmalskatalog alle Maschinenprogramme übernommen. Damit werden die Kosten erheblich reduziert, und für die Auswertung der neuen Daten bieten sich voll vergleichbare neue und die Struktur besser charakterisierende Reihen an.

Zur Methode

Um die zur Landwirtschaftszählung 1971 geschaffenen Möglichkeiten zur schnellen Produktion von aktuellen Strukturdaten in der Agrarberichterstattung (AB) auszunutzen, verabschiedete der Bundestag am 15. November 1974 das Agrarberichterstattungsgesetz. Bei der AB handelt es sich um eine Bundesstatistik, die drei Programme umfaßt. Darin werden die Ergebnisse verschiedener Einzelerhebungen betriebsweise zusammengeführt. Dieses Vorgehen wird erstmalig praktiziert und ermög-

licht es, die vorhandenen Statistiken auch für strukturelle Analysen zu verwerten. Seine besondere Aufmerksamkeit richtete dabei der Gesetzgeber auf die Fortführung der erstmals zur Landwirtschaftszählung 1971 in die amtliche Agrarstatistik eingeführten monetären Gliederungskriterien. Für agrarpolitische Förderungsmaßnahmen und raumordnerische Planungen haben speziell der Standarddeckungsbeitrag und das Betriebseinkommen (T), die mit durchschnittlichen Erträgen und aus Buchführungsergebnissen abgeleiteten Aufwendungen rechnerisch ermittelt werden, schon heute die benutzte Gliederung der Betriebe nach der bewirtschafteten Fläche ergänzt und teilweise ersetzt. Bei der noch anhaltenden Spezialisierung der Betriebe führt eine Strukturgliederung nur nach der Flächennutzung zu weiteren heterogenen Gruppierungen. Von daher war es auch nicht mehr möglich, die erforderliche repräsentative Auswahl der Buchführungsbetriebe für den Agrarbericht und für das EG-Informationsnetz zu verbessern.

Dagegen verbessern die auf monetärer Basis ermittelten und gegliederten Daten die Möglichkeiten für die Hochrechnung von Buchführungsdaten und von repräsentativen Erhebungsergebnissen aufgrund einer besseren Stichprobenauswahl. Mit der neuen Betriebsystematik werden homogene Gruppierungen geschaffen.

Darüber hinaus ist die Bundesrepublik gegenüber den Europäischen Gemeinschaften verpflichtet, die Auswahl zu den agrarstrukturellen Stichprobenerhebungen zu verbessern. Solche Stichprobenerhebungen müssen in zweijährigen Abständen stattfinden, um die Preisveränderungen zu berücksichtigen.

Dadurch, daß man aufwendige EDV-technische Vorarbeiten zur Landwirtschaftszählung 1971 weiter verwendet, hält man die Kosten für die Agrarberichterstattung in Grenzen. Entsprechendes gilt für die laufenden Erhebungen der Bodennutzung, des Viehbestandes und der Arbeitskräfte.

Im Agrarberichterstattungsgesetz wird bestimmt, daß die Angaben von Betrieben verwendet werden

1. mit einer landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder fischwirtschaftlich genutzten Fläche von jeweils mindestens einem Hektar,
2. mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche unter einem Hektar, einschließlich der Betriebe ohne landwirtschaftlich genutzte Fläche, deren natürliche Erzeugungseinheiten mindestens dem durchschnittlichen Wert einer jährlichen landwirtschaftlichen Markterzeugung von einem Hektar

Abgrenzungskriterien bei verschiedenen Erhebungen in der Land- und Forstwirtschaft

Erhebung	Erhebungsbereich
Bodennutzungserhebung (jährlich)	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe sowie Gesamtflächen mit 0,5 und mehr ha, die ganz oder teilweise land-, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt werden.
Allgemeine Viehzählungen (jährlich)	a) bis einschließlich Dezember 1972: alle Viehhalter b) ab Dezember 1973: 1. jährlich die Bestände an Rindvieh, Pferden, Schweinen, Schafen und Geflügel, 2. ab 1973 alle vier Jahre die Bestände an Ziegen und Bienenvölkern. 3. Bei Schweinen werden die Bestände mit mindestens einem Zuchtschwein oder mindestens drei anderen Schweinen, bei Legehennen die Bestände mit mindestens zwanzig Legehennen, bei Haltern mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von mindestens 1 ha auch Bestände mit weniger als drei Schweinen und zwanzig Legehennen erfaßt. Ab 1973 werden in jedem vierten Jahr im Dezember die Bestände aller Schweine- und Legehennenhalter erfaßt.
Landwirtschaftszählung 1960	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit Gesamtflächen von 0,5 und mehr ha, soweit sie ganz oder teilweise land-, forst- oder fischwirtschaftlich genutzt und selbständig bewirtschaftet wurden.
EWG-Erhebung 1966/67 (Auswahlsatz 25 %)	Landwirtschaftliche Betriebe mit einer LF von 1 ha und mehr, oder weniger als 1 ha LF, wenn die jährlich vermarktete Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse normalerweise einen Wert von mindestens 1 000 DM erreichte.
Landwirtschaftszählung 1971	Betriebe mit 1 ha und mehr land-, forst- oder fischwirtschaftlich genutzter Fläche, sowie landwirtschaftliche Betriebe unter 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche mit einer jährlichen landwirtschaftlichen Markterzeugung im Wert von mindestens 4 000 DM.
Agrarberichterstattung 1974: Totaler Teil der AB 1974/75	Betriebe mit 1 ha und mehr land-, forst- oder fischwirtschaftlich genutzter Fläche, sowie landwirtschaftliche Betriebe unter 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche, deren natürliche Erzeugungseinheiten mindestens dem durchschnittlichen Wert einer jährlichen landwirtschaftlichen Markterzeugung von 1 ha LF entsprechen.
Agrarberichterstattung 1975 - zugleich EG-Strukturerhebung 1975: Repräsentativer Teil der AB 1974/75 (16 %)	wie Agrarberichterstattung 1974 - jedoch nur Betriebe der Hauptproduktionsrichtung Landwirtschaft.

landwirtschaftlich genutzter Fläche entsprechen. Das sind beispielsweise 8 Mastschweine, 50 Schafe oder der Anbau von 10 Ar Blumen und Zierpflanzen im Freiland.

Diese Abgrenzungen liegen über den unteren Grenzen der im Grundprogramm zusammengefaßten Einzelstatistiken. So werden in der Bodennutzungserhebung alle Betriebe mit 0,5 ha Gesamtfläche erhoben und in der Viehzählung alles Vieh, das zum Tag der Erhebung im Stall eines Halters steht. Aus der obenstehenden Übersicht können die Abgrenzungskriterien bei verschiedenen Erhebungen in der Land- und Forstwirtschaft entnommen werden.

Damit die Angaben zu den einzelnen Statistiken betriebsweise zusammengeführt werden können, hat der Gesetzgeber den Statistischen Landesämtern aufgetragen, an alle Betriebe eine Betriebsnummer zu vergeben und sie in eine Betriebsdatei zu übernehmen.

In Schleswig-Holstein wird das Betriebsnummernsystem der Landwirtschaftszählung 1971 übernommen. Weitere Angaben wie Anschrift des Betriebsinhabers, die Gesamtfläche, die bewirtschaftete landwirtschaftlich genutzte Fläche und die Waldfläche werden ebenfalls in der Betriebsdatei geführt. Einzeldaten aus der Datei im Zusammenhang mit der

Betriebsnummer oder Anschrift dürfen niemandem bekanntgegeben werden, wenn nicht der Betriebsinhaber selbst dies gestattet.

Die erste Zusammenführung der landwirtschaftlichen Betriebe aus den beiden Erhebungen Viehzählung 1973 und Bodennutzungserhebung 1974 war nicht ganz problemlos. So gab es eine Reihe von Betriebsinhabern, die ihre Betriebe für die statistischen Angaben trennten, und zwar haben Betriebsinhaber die landwirtschaftlich genutzte Fläche in eigener Regie als Betrieb geführt, während die Ehefrauen die Viehhaltung als eigenen Betrieb führten. Hier hat es sehr umfangreicher Einzelarbeit bedurft, um diese Fälle zweifelsfrei zu klären. Es ist zu erwarten, daß in Zukunft dieses Problem dadurch beseitigt werden kann, daß das Statistische Landesamt sich mit den Betriebsinhabern in Verbindung setzt und ihnen ihre Statistiknummer mitteilt.

Darüber hinaus haben in dem halben Jahr vom 3. Dezember 1973 bis zum Mai 1974 natürlich auch einige Betriebe ihre Produktion eingestellt. Diese Betriebe wurden nicht mehr in die Erhebung einbezogen.

Die durch die zeitliche Verschiebung der Erhebungen entstandenen geringen Differenzen blei-

ben unberücksichtigt, weil eine zusätzliche Viehzählung im Mai 1974 wirtschaftlich nicht vertretbar gewesen wäre.

In der Agrarberichterstattung sind drei Erhebungsprogramme vorgeschrieben:

1. Grundprogramm; es verwendet Angaben der

- Bodennutzungsvorerhebung
- Bodennutzungshaupterhebung
- allgemeinen Viehzählung
- Arbeitskräfteerhebung

2. Ergänzungsprogramm; darin werden folgende Tatbestände erhoben:

- Merkmale zur Kennzeichnung, zur Rechtsstellung und zu sozialökonomischen Verhältnissen der Betriebe, zur Buchführung (Diese Merkmale werden bei der Bodennutzungshaupterhebung in allen Betrieben erfragt)
- Besitzverhältnisse und Pachtpreise, Grundstücksverkehr und Preise dazu,
- Erwerbs- und Unterhaltsquellen, (Die beiden letzten Merkmalsgruppen werden stichprobenweise im Rahmen der Arbeitskräfteerhebung erfragt).

3. Zusatzprogramm; darin werden repräsentativ folgende zusätzliche Tatbestände erhoben:

- wirtschaftliche, organisatorische, technische und bauliche Verhältnisse der Betriebe,
- Ausbildung und Beratung des Betriebsinhabers,
- Betriebsentwicklungsplan.

Das Zusatzprogramm wird im Umfang sehr gering gehalten und auch nicht ständig erhoben. Zur AB 75 wurde nur nach der Ausbildung des Betriebsleiters gefragt.

Mit der dreifachen Gliederung der Erhebungsprogramme wird es möglich, in Zukunft schneller, aktueller und billiger Daten über die agrarstrukturellen Verhältnisse zu liefern.

Im Ergänzungsprogramm werden in Zukunft einige Merkmale ständig bei jeder Bodennutzungshaupterhebung erfragt. Der zusätzliche Erhebungsaufwand ist sehr gering.

Die übrigen Merkmale werden zur repräsentativen Arbeitskräfteerhebung erfragt. Dadurch wird diese Erhebung etwas schwieriger, aber der dabei entstehende Kostenaufwand ist wesentlich geringer als bei einer Erhebung, die zusätzlich durchgeführt werden müßte.

Auswahlplan zur Agrarberichterstattung 1975

Schicht	Schichtabgrenzung der Betriebe	Betriebe insgesamt 1974	Ausgewählte Betriebe	Hochrechnungsfaktor
1	2 000 Legehennen und mehr	199	199	1,0
2	40 Zuchtsauen und mehr	588	588	1,0
3	200 Mastschweine und mehr	1 066	643	1,7
4	100 Rinder und mehr	2 261	1 505	1,5
5	Tabakanbau unter 2 ha Tabakfläche	5	5	1,0
6	Tabakanbau mit 2 ha Tabakfläche und mehr	28	28	1,0
7	Hopfenanbau unter 3 ha Hopfenfläche	-	-	-
8	Hopfenanbau mit 3 ha Hopfenfläche und mehr	-	-	-
9	Weinbau unter 5 ha Rebfläche	-	-	-
10	Weinbau mit 5 ha Rebfläche und mehr	-	-	-
11	unter 1 ha LF "Gartenbau"	906	97	9,3
12	1 bis unter 2 ha LF "Gartenbau"	347	71	4,9
13	2 und mehr ha LF "Gartenbau"	999	571	1,8
14	unter 1 ha LF "übrige Landwirtschaft" ¹	6 646	187	35,5
15	1 bis unter 2 ha LF "übrige Landwirtschaft" ¹	2 774	56	49,5
16	2 bis unter 5 ha LF "übrige Landwirtschaft"	3 126	94	33,3
17	5 bis unter 10 ha LF "übrige Landwirtschaft"	2 690	107	25,1
18	10 bis unter 20 ha LF "übrige Landwirtschaft"	5 097	300	7,0
19	20 bis unter 50 ha LF "übrige Landwirtschaft"	14 777	1 342	11,0
20	50 und mehr ha LF "übrige Landwirtschaft"	3 087	1 239	2,5
	Zusammen	44 596	7 032	

1) das heißt ohne Betriebe der Schichten 1 bis 13

Das Zusatzprogramm erstreckt sich auf Erhebungskomplexe, die im Grund- und Ergänzungsprogramm nicht enthalten sind, darin liegt der begrenzte, flexible Rahmen der AB, der künftig durch Rechtsverordnungen auszufüllen ist.

Das Stichprobenverfahren

Für die Agrarberichterstattung 1975 wurde die Stichprobe aus dem Material des totalen Erhebungsteils 1974 (veröffentlicht in den Statistischen Berichten C IV 9) gezogen.

Für den Auswahlplan zur AB 1974 stand eine Grundgesamtheit von 44 596 landwirtschaftlichen Betrieben zur Verfügung. Der Auswahlplan wurde aufgrund der Erfahrungen aus der Landwirtschaftszählung 1971 erstellt. Die Stichprobe wurde nach sachlichen Gesichtspunkten in Schichten gegliedert. Für die Aufteilung hat das Statistische Bundesamt das Optimalprinzip von Neyman-Tschuprow verwandt, das für die wirtschaftlich relevanten Schichten Ergebnisse mit vorzüglicher Genauigkeit gewährleistet. Als Gliederungsmerkmal wurde das Betriebseinkommen (T) gewählt, das eine besonders ausgewogene Lösung für alle wichtigen Erhebungsmerkmale liefert. Die Schichtabgrenzungen der Betriebe berücksichtigen die Spezialproduktionen, wie zum Beispiel große Viehhaltungen, Tabakanbau und Gartenbau ebenso wie die Flächenproduktionen der übrigen Landwirtschaft. Insgesamt wurden für Schleswig-Holstein 7 032 Betriebe ausgewählt; das entspricht einer Stichprobe von etwa 16 %.

In der Übersicht sind die Schichtabgrenzung, die Verteilung der Stichprobenbetriebe auf die einzelnen Schichten und die dazugehörige Grundgesamtheit der Betriebe 1974 abzulesen.

Quellen

Weil der totale Teil der Agrarberichterstattung, also die zusammengeführten Ergebnisse der Viehzählung und der totalen Bodennutzungshaupterhebung, weitgehend der Grunderhebung der LZ 1971 entspricht, wurden für die Bereiche Bodennutzung, Viehhaltung und Rechtsverhältnisse sowie für den Komplex Betriebssysteme und Betriebseinkommen dieselben Tabellenprogramme verwendet wie bei der Landwirtschaftszählung.

Für die zusätzlich aufgenommenen Merkmale über außerbetriebliche Einkünfte und über Buchführung mußten ergänzende Aufbereitungs- und Tabellenprogramme erstellt werden. Nach einer im Statistischen Bundesamt getroffenen, für alle Bundesländer verbindlichen Vereinbarung sollten für den totalen Teil der AB 1974 die Ergebnisse zum Gebietsstand 1. 1. 1974

(oder zu einem sehr nahe gelegenen Datum einer Gebietsänderung) aufbereitet werden. Da in Schleswig-Holstein die Bodennutzungshaupterhebung im Mai 1974 erfolgte, konnte der Gebietsstand 1. Februar 1974 festgelegt werden, also vor der Zusammenlegung der Kreise Flensburg-Land und Schleswig. Um aktuelles Zahlenmaterial für einen neuen Gebietsstand liefern zu können, wird ständig das Gemeindeleitband berichtigt. Dieses Leitband erlaubt die Zuordnung der Betriebe zu beliebigen regionalen Einheiten.

Für Schleswig-Holstein werden unter dem Titel "Agrarstruktur in Schleswig-Holstein" die Statistischen Berichte C IV 9 veröffentlicht.

Für die AB 1974 sind bereits erschienen

Teil 1: Betriebsgrößen, Bodennutzung und Viehhaltung in den Gemeinden am 25. 2. 1976;

Teil 2: Anbau und Viehhaltung nach Größenklassen und Kreisen am 1. 4. 1976.

Der Teil 3: Betriebssysteme und Betriebseinkommen (T) nach Größenklassen und Kreisen

wird demnächst veröffentlicht.

Die für Schleswig-Holstein veröffentlichten Berichte sind mit folgenden Berichten der Landwirtschaftszählung 1971 voll vergleichbar:

Teil 1 mit der Gemeindestatistik für Schleswig-Holstein 1970

Teil 4, Heft 1, 1972

Teil 2 mit den Ergebnissen in den Statistischen Berichten

C/LZ 1971-1, erschienen am 11. 10. 1972
und C/LZ 1971-2, erschienen am 17. 11. 1972

Teil 3 mit dem Statistischen Bericht C/LZ 1971-5 vom 19. 9. 1973.

Darüber hinaus liefert das Grundprogramm der AB 1974 im Teil 4 ergänzende Tabellen über die sozialökonomische Gliederung der Betriebe sowie über die Buchführung (total erhobene Merkmale).

Im Statistischen Landesamt liegen für alle veröffentlichten Tabellen auch Kreisergebnisse mit ausführlichem Sachprogramm und voller Größenklassengliederung vor. Das tief gegliederte Material kann bei Bedarf unter Beachtung der Geheimhaltungsbestimmungen eingesehen werden. Mit diesen Ergebnissen wird dem verbreiteten Wunsch nach regionalstatistischen Daten von der Gemeindeebene aufwärts Rechnung getragen.

Ebenso wie für die Kreise und das Land liegen aber auch die Ergebnisse für die Naturräume Schleswig-Holsteins vor. Die Daten über die Betriebssysteme und das Betriebseinkommen (T) wurden für die Naturräume nach einem geänderten Bundesprogramm unter Berücksichtigung der spezifischen naturräumlichen Verhältnisse ermittelt.

Darüber hinaus wird ein verlaufsstatistisches Auswertungsprogramm vorbereitet, das einen Vergleich der einzelbetrieblichen Veränderungen zwischen 1971 und 1974 zuläßt.

Für Schleswig-Holstein wurde im Teil 1 des Statistischen Berichtes über die Agrarberichterstattung eine mit der vier Jahre zurückliegenden Landwirtschaftszählung voll vergleichbare Gemeindestatistik geliefert. Im Teil 2 waren wir erstmals in der Lage, neben den Landesergebnissen mit voller Größenklassengliederung auch Kreisergebnisse mit eingeschränkter Größenklassengliederung zu liefern. In den zur LZ veröffentlichten Statistischen Berichten konnten nur für wenige Tabellen die Kreisergebnisse nach Größenklassen veröffentlicht werden.

Gegenüberstellung der Größenklassen
in der Agrarberichterstattung 1974

Volle		Eingeschränkte	
Größenklassengliederung			
für eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha			
0 Ar			
0,01 - 1			
1 - 2			
2 - 5			
5 - 10		2 - 10	
10 - 15		10 - 20	
15 - 20			
20 - 30		20 - 30	
30 - 50		30 - 50	
50 - 100		50 und mehr	
100 und mehr			
Insgesamt		Insgesamt einschließlich unter 2 ha	

Für Tabellen der Hauptnutzungsarten werden die vollen Größenklassengliederungen weiter aufgeteilt und zwar

50 - 75
75 - 100
100 - 150
150 - 200
200 und mehr

Zusammenfassung

Mit der zweijährigen Agrarberichterstattung wird zukünftig die Strukturveränderung in der Landwirtschaft differenzierter und kurzfristiger verfolgt werden können als bisher. Damit werden die Wünsche sowohl der Europäischen Gemeinschaften als auch der Auftraggeber und Konsumenten der Agrarstatistik in der Bundesrepublik erfüllt, die betriebliche Entwicklung laufend beobachten zu können. Die Programme zur Agrarberichterstattung beschränken sich auf wenige signifikante Tatbestände und Merkmale der landwirtschaftlichen Betriebe, die als Indikatoren für die Entwicklung dieser Betriebe dienen. Nur ein geringer Teil des Ergänzungs- und Zusatzprogramms, das möglicherweise im Zeitablauf variiert wird, muß durch zusätzliche Erhebungen beschafft werden. Der größte Teil wird bei der betriebsweisen Zusammenführung der erfragten Angaben vorhandener Statistiken erfüllt. Diese Methode wird in Zukunft eine erhebliche Informationslücke schließen. Ferner ist zu erwarten, daß die bestehenden Probleme bei der Beurteilung und Berechnung der Standarddeckungsbeiträge gelöst werden.

Mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung wird durch die Vergabe einer Betriebsnummer die Aufbereitung und Auswertung der Agrarstatistiken erheblich rationalisiert. Außerdem führt die laufende Beobachtung der Betriebe zu einer Angleichung der Agrarstatistik an ähnliche Erhebungen für andere Wirtschaftsbereiche (zum Beispiel "Betriebseinkommen").

Weil eine Beurteilung der strukturellen Veränderungen, wie sie am Anfang dieses Berichtes angedeutet wurde, nicht mehr ausreicht, mußten diese neuen Wege beschritten werden. Heute können wir feststellen, daß 1971 von 42 108 klassifizierbaren landwirtschaftlichen Betrieben in der Hand von natürlichen Personen 21 478 Betriebe (51 %) in Schleswig-Holstein über ein außerbetriebliches Einkommen des Betriebsinhabers oder seines Ehegatten verfügten. Im gesamten Bundesgebiet waren es 68,1 % aller landwirtschaftlichen Betriebe. 1975 verfügten in Schleswig-Holstein rund 52 % aller Betriebsinhaber über ein außerbetriebliches Einkommen. Dieser Anteil erhöhte sich damit in den letzten vier Jahren nur geringfügig. In der Zukunft werden solche und eine ganze Reihe anderer wichtiger aktueller Strukturmerkmale für kleine regionale Bereiche zur Planung in der Agrarpolitik und Wirtschaftspolitik wie auch für Zwecke der Forschung und Verwaltung von der Agrarstatistik geliefert werden.

Hubertus Nicke

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

Gebiet und Bevölkerung

Ausländer	4/72
-----------------	------

Bildung und Kultur

Ausländische Schüler	4/79
Exmatrikulierte Studenten	3/48
Schulsport	4/83

Wahlen

Bundestagswahl 1976 (Teil 1)	3/46
------------------------------------	------

Erwerbstätigkeit

Teilbeschäftigte 1970	2/40
-----------------------------	------

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Ackerschlepper und Feldmaschinen	1/18
Agrarbericht 1976	5/86
Geflügelwirtschaft	1/10
Milchviehbetriebe	2/36

Industrie und Handwerk, Energiewirtschaft

Verarbeitende Industrie 1975	1/2
------------------------------------	-----

Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen

Haushalte und Wohnungen	1/5
Wandel im Wohnbau	3/52

Handel und Gastgewerbe

Warenverkehr mit der DDR	5/91
--------------------------------	------

Verkehr

Güterverkehr Eisenbahn	2/28
Straßenverkehrsunfälle	3/63

Öffentliche Sozialleistungen

Sozialhilfeempfänger	1/24
----------------------------	------

Öffentliche Finanzen

Millionenvermögen	3/59
-------------------------	------

Löhne und Gehälter

Stundenverdienst und Geschlecht	4/69
---------------------------------------	------

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Bruttoinlandsprodukt 1975	4/66
---------------------------------	------

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

28. Jahrgang Heft 6 Juni 1976

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1974	1975	1975			1976				
		Monats- durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 583	2 584	2 584	2 583	2 583	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 248	1 248	894	1 237	924	
* * je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,8	5,8	4,5	5,6	4,4	
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 129	2 024	1 989	2 124	2 089	
* * je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,9	9,4	9,7	9,7	9,8	
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 674	2 749	2 917	3 087	2 834	
* * je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,4	12,8	14,2	14,1	13,3	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	38	38	33	39	37	
* * je 1 000 Lebendgeborene		18,0	18,9	16,6	18,4	17,7	
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 545	- 726	- 928	- 963	- 745	
* * je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 2,5	- 3,4	- 4,5	- 4,4	- 3,5	
Wanderungen											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	7 145	6 329	5 709	5 693	7 325	5 966	5 126	
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 204	5 764	4 784	5 526	6 277	5 134	4 523	
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 941	+ 565	+ 925	+ 167	+ 1 048	+ 832	+ 603	
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 248	9 770	9 198	9 225	10 306	9 454	8 033	
Wanderungsfälle	Anzahl	23 597	21 863	19 691	20 444	23 908	20 554	17 682	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		157	147	141	135	161	137	
Arbeitslage											
*Arbeitslose	1 000	29	47	55	50	48	59	60	53	48	
darunter *Männer	1 000	17	27	35	32	29	33	35	30	25	
Kurzarbeiter	1 000	3	12	14	12	15	13	8	7	5	
darunter Männer	1 000	2	8	11	9	10	9	6	4	3	
Offene Stellen	1 000	14	10	10	12	13	7	9	11	11	
darunter für Männer	1 000	8	6	6	6	7	4	5	6	6	
Landwirtschaft											
Viehbestand											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 507 ^a	1 525 ^a	
darunter *Milchkühe											
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	495 ^a	503 ^a	
*Schweine	1 000	1 567 ^a	1 620 ^a	.	.	1 621	.	.	.	1 709	
darunter *Zuchtsauen	1 000	168 ^a	170 ^a	.	.	163	.	.	.	177	
darunter *trächtig	1 000	111 ^a	113 ^a	.	.	107	.	.	.	117	
Schlachtungen von Inlandtieren											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	36	35	34	29	35	33	31	32	30	
*Kälber	1 000 St.	2	1	1	2	2	1	1	1	1	
*Schweine	1 000 St.	214 ^b	212 ^c	186	200	214	224	186	218	213	
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	7 ^b	6 ^c	9	6	5	11	7	6	4	
*Schlachtungsmengen⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen											
(ohne Geflügel)	1 000 t	27,2	26,9	24,1	24,2	27,1	27,0	23,3	26,5	25,8	
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	9,5	9,2	8,8	7,7	9,3	8,6	8,1	8,5	8,0	
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
*Schweine	1 000 t	17,5	17,5	15,1	16,3	17,6	18,2	15,0	17,8	17,5	
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
Rinder (ohne Kälber)	kg	270	271	270	271	272	271	273	275	274	
Kälber	kg	96	92	90	88	93	94	91	91	93	
Schweine	kg	85	85	85	84	84	85	84	84	84	
Geflügel											
Eingelegte Bruteier 6)	*für Legehennenküken	1 000	514	489	500	554	633	549	554	615	562
	für Masthühnerküken	1 000	956	1 014	945	856	1 120	1 058	1 000	1 172	1 191
*Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	755	838	764	755	899	897	818	974	903	
*Milcherzeugung											
1 000 t		183	186	181	230	235	197	199	242	248	
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	94	93	93	94	94	93	93	94	95	
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,0	12,3	13,0	14,9	15,7	12,6	13,6	15,5	16,4	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1974/75 = 10

c) Winterhalbjahr 1975/76 = 10

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1974	1975	1975			1976			
		Monats- durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Industrie und Handwerk										
Industrie⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	187	177	179	178	177	172	171	171	170
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	136	127	129	127	127	122	122	122	122
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	21 348	19 294	19 564	19 129	20 407	18 607	18 542	20 239	19 430
*Löhne (brutto)	Mill. DM	238,2	225,4	201,4	211,4	215,2	212,7	199,6	223,0	224,0
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	113,3	122,0	112,1	116,9	117,6	118,0	114,4	116,6	123,6
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁹⁾	32	21	26	28	27	20	25	22	16
*Gasverbrauch ¹⁰⁾	Mill. m ³	13,3	15,9	15,2	17,5	16,9	19,7	18,6	22,0	22,8
*Stadt- und Kokercoigas	Mill. m ³	3,1	4,8	3,7	5,6	5,2	6,0	4,5	4,7	4,1
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	10,3	11,1	11,4	11,9	11,8	13,7	14,1	17,3	18,8
*Heizölverbrauch	1 000 t	96	81	80	79	82	92	84	89	81
*Leichtes Heizöl	1 000 t	18	17	21	20	21	23	22	23	19
*Schweres Heizöl	1 000 t	78	64	59	59	61	70	61	65	63
*Stromverbrauch	Mill. kWh	178	167	162	168	173	168	169	186	183
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	37	32	32	29	27	37	35	36	29
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ¹¹⁾	Mill. DM	1 690	1 717	1 562	1 552	1 696	1 576	1 656	2 054	1 812
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	318	354	359	310	362	239	293	409	355
Index der industriellen Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
*Gesamte Industrie ¹²⁾	1970=100	119	112	114	120	111	106	118	120	125
*Bergbau	1970=100	78	74	74	76	74	72	72	73	72
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1970=100	120	106	104	101	108	97	104	110	121
*Investitionsgüterindustrie	1970=100	126	124	126	136	124	116	137	131	131
*Verbrauchsgüterindustrie	1970=100	115	107	112	127	106	103	114	123	123
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1970=100	111	107	108	113	102	102	107	112	121
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1970=100
Handwerk (Mehrzahlen)¹³⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30.9.1970=100	92,3	89,6	.	86,8	.	.	.	88,7	.
*Umsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1970=100	132,4	141,1	.	110,3	.	.	.	118,1	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	300	295	246	212	209	423	379	442	417
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	601	617	631	675	639	761	694	756	650
*Gaserzeugung (brutto) ¹⁰⁾	Mill. m ³	7	6	9	9	7	9	9	8	5
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (die Ergebnisse ab März 1976 sind vorläufig)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	55 689	50 744	48 013	49 143	50 151	48 424	47 808	48 705	49 853
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 268	6 557	5 187	5 797	7 117	4 420	3 520	5 840	7 142
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 018	2 664	2 052	2 370	2 818	2 051	1 680	2 515	3 180
*Gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 186	1 121	907	1 033	1 191	861	732	1 097	1 205
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 845	2 535	2 096	2 233	2 880	1 368	974	1 979	2 502
*Löhne (brutto)	Mill. DM	88,4	84,0	62,4	72,1	84,3	54,9	41,8	70,4	92,1
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	12,1	12,1	11,1	11,1	10,9	11,5	11,4	11,5	11,6
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	274,0	268,4	170,5	200,5	213,8	174,1	194,5	183,3	168,4

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie

9) eine t Steinkohle-Einheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlensoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal/m³

11) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

12) ohne öffentliche Energiewirtschaft und ohne Bauindustrie

13) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1974	1975	1975			1976			
		Monats- durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	728	721	608	686	725	770	904	1 017	1 107
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	674	679	568	641	673	708	865	978	1 073
*umbauter Raum	1 000 m ³	733	658	543	598	717	691	765	835	810
*Wohnfläche	1 000 m ²	134	118	99	108	132	132	137	148	144
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	152	181	98	144	174	150	142	181	147
*umbauter Raum	1 000 m ³	568	689	385	516	771	777	396	769	632
*Nutzfläche	1 000 m ²	104	122	55	98	126	131	80	137	113
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 634	1 333	1 150	1 186	1 526	1 472	1 490	1 600	1 471
Baufertigstellungen										
Wohnungen ¹⁴⁾	Anzahl	2 295	1 634	890	534	784	573	453	583	326
Wohnräume ¹⁴⁾	Anzahl	9 637	7 264	3 812	2 541	3 551	2 531	1 952	2 451	1 730
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	367,5	411,7	384,5	454,9	374,6	316,3	335,3	564,5	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	47,0	52,4	53,9	39,2	49,7	65,5	57,5	59,6	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	320,5	359,3	330,6	415,7	324,9	252,9	277,8	504,9	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	8,2	8,5	8,7	8,9	8,9	7,3	8,9	8,2	...
*Halbwaren	Mill. DM	47,5	33,9	45,4	20,6	43,0	30,8	37,6	30,5	...
*Fertigwaren	Mill. DM	264,8	317,0	276,5	386,2	273,0	214,8	231,3	466,2	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	28,9	23,0	25,6	21,8	24,0	23,6	27,1	28,1	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	235,9	294,0	250,9	364,4	249,0	191,2	204,2	438,2	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	169,4	166,7	147,8	124,6	152,7	149,3	157,5	252,8	...
darunter Italien	Mill. DM	23,0	18,5	15,6	15,8	17,6	19,3	14,8	20,3	...
Niederlande	Mill. DM	46,3	36,8	29,6	29,6	33,5	31,4	37,2	46,5	...
Dänemark	Mill. DM	33,9	40,5	39,6	27,2	30,8	26,6	32,8	108,1	...
Großbritannien	Mill. DM	25,2	29,5	21,9	20,8	28,1	35,4	31,2	28,7	...
*Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1970=100	141,9	157,9	125,4	143,7	152,2	146,7	142,2	167,3	...
*Gastgewerbeumsätze (Meßzahl)	1970=100	137,1	151,8	95,6	126,0	116,8	99,2	97,2	112,2	...
Fremdenverkehr in 159 Berichtsgemeinden **										
*Fremdenmeldungen	1 000	224	243	84	166	146	73	79	113	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	18	19	9	15	16	6	9	11	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 833	1 986	332	845	695	297	304	477	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	38	38	17	30	28	13	19	25	...
Verkehr										
Seeschifffahrt¹⁵⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 189	1 074	1 091	1 190	1 075
Güterversand	1 000 t	518	461	421	505	514
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	231	202	217	217	204	172	182	209	201
*Güterversand	1 000 t	296	244	179	200	209	199	171	242	213
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	6 282	8 125	7 033	9 692	10 623	7 560	8 750	12 437	...
*Personenkraftwagen ¹⁶⁾	Anzahl	80	123	83	160	208	64	110	282	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	5 585	7 326	6 427	8 708	9 589	6 923	7 993	11 155	...
	Anzahl	294	293	243	360	328	302	322	475	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 293	1 365	1 054	1 167	1 153	1 356	1 121	1 146	p 1 209
*Getötete Personen	Anzahl	55	57	48	50	49	47	49	45	p 33
*Verletzte Personen	Anzahl	1 698	1 808	1 319	1 604	1 505	1 780	1 473	1 522	p 1 564

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

**) Neuer Berichtskreis ab 1. 4. 1976. Die Zahlen ab April 1976 sind mit den zurückliegenden vergleichbar, weil jene nach dem gleichen Gebietsstand aufgestellt wurden

14) Zimmer mit 6 und mehr m² Fläche und alle Küchen

15) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

16) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1974	1975	1975			1976			
		Monats- durchschnitt ^{d)}		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen¹⁷⁾										
*Kredite 18) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	24 984	28 066	25 152	25 490	25 497	28 301	28 560	29 084	29 432
darunter										
*Kredite 18) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	24 024	26 542	24 196	24 528	24 540	26 757	26 959	27 375	27 656
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	5 176	5 056	5 075	5 231	5 094	5 032	4 986	5 156	5 148
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 147	4 929	5 038	5 187	5 044	4 896	4 827	4 972	4 973
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	29	127	37	44	49	136	159	184	175
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 215	2 549	2 229	2 197	2 180	2 535	2 595	2 649	2 721
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 028	2 156	2 037	2 002	1 975	2 146	2 205	2 253	2 315
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	187	393	192	195	205	389	390	396	406
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	16 633	18 937	16 892	17 100	17 266	19 190	19 379	19 569	19 787
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	13 944	15 378	14 138	14 280	14 388	15 510	15 652	15 788	15 916
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 689	3 559	2 754	2 820	2 878	3 680	3 726	3 781	3 871
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁸⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	20 182	22 147	20 333	20 231	20 419	22 141	22 378	22 190	22 235
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	11 529	11 428	11 498	11 249	11 163	11 329	11 459	11 288	11 332
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	7 374	7 244	7 264	7 101	7 054	7 116	7 160	7 088	7 160
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	4 155	4 184	4 234	4 147	4 109	4 212	4 299	4 200	4 172
*Spareinlagen	Mill. DM	8 654	10 719	8 835	8 983	9 256	10 813	10 919	10 902	10 903
*bei Sparkassen	Mill. DM	5 169	6 211	5 266	5 324	5 446	6 259	6 317	6 315	6 301
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	469	611	483	514	677	768	548	528	455
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	400	439	364	366	407	680	441	545	457
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	21	26	15	11	23	34	54	34	27
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1,9	1,7	-	1	4	1	-	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	494	376	370	424	488	337	293	371	...
*Wechselsumme	Mill. DM	3,9	1,6	1,5	2,2	3,0	1,0	1,6	1,7	...
Steuern										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
		Vierteljahres- durchschnitt		1.Vj.75			1.Vj.76			
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	1 281,0	1 302,5	.	1 274,6	.	.	.	1 403,7	.
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	970,0	992,7	.	913,6	.	.	.	1 004,3	.
*Lohnsteuer 19)	Mill. DM	662,4	655,7	.	599,4	.	.	.	644,3	.
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	238,1	265,4	.	252,7	.	.	.	281,1	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	7,4	7,1	.	10,1	.	.	.	13,6	.
*Körperschaftsteuer 19)	Mill. DM	62,2	64,5	.	51,4	.	.	.	65,4	.
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	311,0	309,8	.	361,0	.	.	.	399,4	.
*Umsatzsteuer	Mill. DM	203,3	217,1	.	267,4	.	.	.	301,5	.
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	107,7	92,7	.	93,5	.	.	.	97,9	.
*Bundessteuern	Mill. DM	270,7	103,6	.	132,6	.	.	.	145,6	.
*Zölle	Mill. DM	30,4	0,5	.	0,4	.	.	.	0,5	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	217,6	91,4	.	115,2	.	.	.	126,2	.
*Landessteuern	Mill. DM	94,6	95,7	.	96,9	.	.	.	105,1	.
*Vermögensteuer	Mill. DM	20,5	19,0	.	19,5	.	.	.	18,2	.
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	53,9	56,3	.	58,2	.	.	.	63,2	.
*Biersteuer	Mill. DM	3,0	3,0	.	2,1	.	.	.	2,4	.
*Gemeindesteuern ²⁰⁾	Mill. DM	208,2	208,7	.	190,2
*Grundsteuer A ²¹⁾	Mill. DM	7,1	7,0	.	6,5
*Grundsteuer B	Mill. DM	25,8	31,4	.	27,7
*Gewerbesteuer	Mill. DM	140,0	134,2	.	121,3
nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	18,0	18,6	.	19,3
*Lohnsummensteuer	Mill. DM		
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	878,1	733,8	.	711,4	.	.	.	811,5	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	382,9	390,7	.	349,7	.	.	.	388,6	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	195,9	211,4	.	223,8	.	.	.	275,6	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	28,6	28,0	.	5,2	.	.	.	1,7	.
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	775,2	767,8	.	792,3	.	.	.	787,6	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	452,3	463,6	.	433,5	.	.	.	475,1	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	199,7	180,6	.	256,6	.	.	.	205,7	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	28,6	28,0	.	5,2	.	.	.	1,7	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	285,6	293,9	.	219,1
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ²²⁾	Mill. DM	82,8	78,2	.	110,8
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	134,7	141,2	.	39,4

Fußnoten siehe nächste Seite

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1974	1975	1975			1976			
			Monats- durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970=100	144,8	142,3	140,7	140,2	140,0	148,8	149,6	150,0	...
Ausfuhrpreise	1970=100	131,4	136,5	135,6	136,2	136,4	139,5	140,1	140,7	...
Grundstoffpreise	1970=100	137,4	137,7	136,8	136,3	136,4	142,6	143,9	144,9	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	23) 1970=100	129,4	135,5	134,7	134,6	135,3	137,5	138,4	138,9	140,1
landwirtschaftlicher Produkte	23) 1970=100	117,6	133,2	122,3	124,7	126,4	r 148,4	153,5	156,0	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude	24) 1970=100	135,6	138,9	137,3
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	23) 1970=100	131,1	138,7	136,6	136,5	137,3	142,9	r 144,5	146,7	...
Einzelhandelspreise	1970=100	125,9	133,9	131,9	132,4	133,1	136,7	137,8	138,1	138,9
*Preisindex der Lebenshaltung	25) insgesamt 1970=100	127,1	134,7	132,0	132,6	133,6	138,2	139,2	139,7	140,6
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970=100	123,6	130,1	127,1	127,7	129,3	133,3	135,0	135,8	137,2
Kleidung, Schuhe	1970=100	129,7	136,3	135,0	135,3	135,5	138,6	139,2	139,7	140,0
Wohnungsmieten	1970=100	125,1	133,2	129,3	130,6	132,0	136,9	137,7	138,7	139,4
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970=100	149,8	165,5	157,8	158,0	159,1	176,5	177,2	175,2	176,0
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970=100	123,1	131,0	130,2	130,2	130,9	134,6	134,8	135,2	135,5
Löhne und Gehälter 26)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	429	448	.	.	443	449
darunter *Facharbeiter	DM	455	473	.	.	468	476
*weibliche Arbeiter	DM	273	291	.	.	283	295
darunter *Hilfsarbeiter	DM	263	279	.	.	272	282
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	9,85	10,49	.	.	10,34	10,64
darunter *Facharbeiter	DM	10,40	11,00	.	.	10,84	11,16
*weibliche Arbeiter	DM	6,73	7,35	.	.	7,27	7,53
darunter *Hilfsarbeiter	DM	6,50	7,06	.	.	6,97	7,25
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	43,4	42,7	.	.	42,8	42,3
weibliche Arbeiter	Std.	40,5	39,5	.	.	39,0	39,2
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 226	2 395	.	.	2 377	2 463
*weiblich	DM	1 512	1 634	.	.	1 627	1 673
Technische Angestellte										
*männlich	DM	2 432	2 595	.	.	2 583	2 615
*weiblich	DM	1 501	1 603	.	.	1 595	1 634
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 948	2 093	.	.	2 058	2 164
*weiblich	DM	1 252	1 367	.	.	1 353	1 437
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 193	2 267	.	.	2 231	2 195
weiblich	DM	.	(1 547)	.	.	(1 538)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	2 041	2 194	.	.	2 165	2 261
weiblich	DM	1 322	1 440	.	.	1 429	1 503
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 410	2 564	.	.	2 548	2 583
weiblich	DM	1 502	1 601	.	.	1 594	1 632

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

17) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

18) einschließlich durchlaufender Kredite

20) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

22) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

24) nur Neubau

26) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Kredite und Einlagen: Stand 31. 12.

19) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

21) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

23) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

25) für alle privaten Haushalte

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾ in 134 Berichtsgemeinden			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1)	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen	ins- gesamt	in EG- Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerb- lichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		ins- gesamt	im sozialen Wohnungs- bau						ins- gesamt	Auslands- gäste	ins- gesamt	Auslands- gäste
	in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	MIL. DM				in 1 000			
1971	33	27	17	916	2 576	785	703	2 226	2 273	232	18 517	465
1972	33	30	15	946	3 012	823	1 082	2 686	2 238	221	18 374	488
1973	26	34	12	980	3 358	1 468	785	2 968	2 388	215	19 802	445
1974	19	26	22	1 006	4 410	2 033	698	3 846	2 496	208	20 531	435
1975	16	20	12	1 025	4 941	2 000	823	4 312	2 700	218	22 200	436

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar- einlagen ⁴⁾ am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriegs- opfer- fürsorge
	ins- gesamt	Kraft- räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		in MIL. DM	ins- gesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	
								Aufwand in MIL. DM		Aufwand in MIL. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in MIL. DM
	in 1 000											
1971	754	6	626	44	17 233	915	23 668	6 495	175,7	59,8	36,0	17,0
1972	796	6	666	44	18 029	850	24 281	7 332	215,7	74,3	39,1	22,9
1973	837	6	704	45	17 139	727	22 689	7 832	254,7	85,4	41,4	27,1
1974	851	7	718	45	15 513	656	20 375	8 654	337,5	111,3	48,1	31,2
1975	875	8	742	44	16 376	684	21 690	10 719	421,3	134,2	...	37,4

Jahr	Steuern								Neuverschuldung ⁵⁾			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Ver- brauch- steuern	Gewerbe- steuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁶⁾	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins- gesamt	Lohn- steuer	veranlagte Einkommen- steuer				ins- gesamt	Kredit- markt- mittel
	MIL. DM											
1971	2 730	2 067	740	967	2 060	1 367	549	904	395	2 823	1 633	1 148
1972	3 087	2 448	829	1 117	2 455	1 609	703	1 022	445	3 326	1 862	1 330
1973	3 556	2 816	1 000	1 149	3 043	1 974	867	1 190	550	3 620	2 117	1 546
1974	3 508	3 086	1 143	1 259	3 513	2 320	952	871	632	4 074	2 247	1 730
1975	3 043	3 059	1 176	1 239	3 588	2 267	1 061	366	611	5 094	2 360	1 845

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohn- gebäude	der Lebenshaltung ⁷⁾ 1970=100		Industriearbeiter ¹⁰⁾		Angestellte in Industrie 10) und Handel			öffentlicher Dienst	
	indu- strieller Produkte 8)	landwirt- schaftlicher Produkte 8)9)		ins- gesamt	Nahrungs- und Genuß- mittel	Männer	Frauen	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹¹⁾
			Männer					Frauen	kaufmännische Angestellte	techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
	1970=100	1970=100	1970=100									
1971	104,3	103,9	110,3	105,3	103,8	337	198	1 484	938	1 755	1 744	1 257
1972	107,0	114,4	117,8	111,1	109,7	369	218	1 615	1 019	1 909	1 841	1 334
1973	114,1	121,6	126,4	118,8	118,0	402	241	1 861	1 184	2 151	1 985	1 448
1974	129,4	117,6	135,8	127,1	123,6	429	273	2 041	1 322	2 410	2 197	1 623
1975	135,5	133,2	138,9	134,7	130,1	448	291	2 194	1 440	2 564	2 348	1 739

- 1) Errichtung neuer Gebäude
 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)
 3) einschließlich Kombinationskraftwagen
 4) ohne Postspareinlagen
 5) ohne Kassenkredite
 6) ohne Schulden der Eigenbetriebe
 7) für alle privaten Haushalte
 8) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer
 9) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni
 10) einschließlich Hoch- und Tiefbau
 11) Endgehalt, Ortsklasse S. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. Dezember 1975			Bevölkerungsveränderung im Dezember 1975			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1976	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw ²⁾
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)					
		in %						
FLENSBURG	93 213	- 0,3	- 1,4	- 27	- 208	- 235	27 485	25 092
KIEL	262 164	+ 0,1	- 0,8	- 107	- 245	138	76 030	69 776
LÜBECK	232 270	- 0,1	- 1,0	- 93	- 45	- 138	65 424	59 305
NEUMÜNSTER	84 777	- 0,1	- 1,0	- 28	- 92	- 120	27 372	24 558
Dithmarschen	131 090	- 0,1	- 0,7	- 85	- 41	- 126	48 809	38 182
Hzgt. Lauenburg	151 158	+ 0,0	+ 0,2	- 53	86	33	51 285	43 664
Nordfriesland	161 066	- 0,2	- 0,3	- 36	- 336	- 372	60 824	48 607
Ostholstein	186 504	- 0,1	+ 0,2	- 85	- 10	- 95	63 628	53 600
Pinneberg	253 083	+ 0,0	- 0,1	- 79	155	76	85 792	75 103
Plön	113 633	- 0,1	+ 0,2	- 40	- 29	- 69	43 884	36 427
Rendsburg-Eckernförde	236 805	+ 0,0	+ 0,6	- 65	125	60	85 800	70 647
Schleswig-Flensburg	177 021	+ 0,1	+ 0,4	- 20	189	169	68 324	54 306
Segeberg	194 656	+ 0,1	+ 1,2	2	180	182	75 133	63 724
Steinburg	130 292	- 0,1	- 0,9	- 72	- 49	- 121	46 332	37 448
Stormarn	174 680	+ 0,1	+ 1,2	- 40	225	185	62 307	54 396
Schleswig-Holstein	2 582 412	- 0,0	- 0,1	- 828	395	- 433	888 429	754 835

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im April 1976 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 30.4.1976	Beschäftigte am 30.4.1976	Umsatz ⁴⁾ im April 1976 MILL. DM	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
FLENSBURG	56	8 453	89	46	-	60
KIEL	134	27 220	146	104	2	127
LÜBECK	132	26 870	277	123	2	142
NEUMÜNSTER	71	8 842	58	41	-	56
Dithmarschen	58	5 791	159	62	3	73
Hzgt. Lauenburg	91	8 590	76	67	2	84
Nordfriesland	46	2 509	39	79	4	122
Ostholstein	77	5 575	61	104	5	129
Pinneberg	214	21 774	212	126	1	158
Plön	35	2 342	22	48	1	64
Rendsburg-Eckernförde	118	10 377	104	100	4	120
Schleswig-Flensburg	65	4 247	77	78	1	122
Segeberg	174	13 476	135	107	4	149
Steinburg	92	9 634	127	49	2	58
Stormarn	140	14 652	230	75	2	100
Schleswig-Holstein	1 503	170 352	1 812	1 209	33	1 564

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 12. 1975

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 136 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. Dezember 1975			Offene Stellen am 31.3. 1976	Kuhmilcherzeugung im März 1976			*Ernten und Erträge 1975			
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Molkereien geliefert	kg je Kuh und Tag	Getreide (ohne Körnermais)		Kartoffeln	
		VZ 1961	31. 12. 1974					1 000 t	dt je ha	1 000 t	dt je ha
		in %									
Schleswig-Holstein	2 582	+ 11,4	- 0,1	11	242	94,2	15,5	1 853	42,7	159	207,9
Hamburg	1 717	- 6,3	- 0,9	9	2	93,0	14,7	19	41,2	1	208,0
Niedersachsen	7 239	+ 9,0	- 0,4	28	485	91,8	15,5	4 844	39,9	2 232	260,4
Bremen	717	+ 1,5	- 1,0	3	2	89,6	14,4	7	38,6	1	211,1
Nordrhein-Westfalen	17 130	+ 7,6	- 0,5	65	278	95,4	13,6	3 609	43,5	1 095	286,0
Hessen	5 550	+ 15,3	- 0,5	22	124	86,9	12,4	1 730	41,5	844	249,5
Rheinland-Pfalz	3 666	+ 7,3	- 0,6	11	34	88,5	11,3	1 432	38,2	782	240,9
Baden-Württemberg	9 153	+ 18,0	- 0,8	40	222	81,2	10,3	2 171	37,0	1 216	240,1
Bayern	10 810	+ 13,6	- 0,4	40	615	88,2	10,3	4 902	38,0	4 376	273,3
Saarland	1 096	+ 2,2	- 0,6	2	10	85,3	12,3	156	36,0	147	224,8
Berlin (West)	1 985	- 9,7	- 1,9	8	0	24,4	15,5	2	26,7	1	187,3
Bundesgebiet	61 645	+ 9,7	- 0,6	240	2 064	89,9	12,3	20 724	39,9	10 853	261,3

Land	Industrie ¹⁾				Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Januar 1976				
	Beschäftigte am 31.12. 1975	Umsatz ²⁾ im Dezember 1975		Produk- tions- index ³⁾ (1970=100) im Dezember 1975	Beschäftigte am 31.1. 1976		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen		
		in 1 000	Mill. DM		Auslands- umsatz	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
			in %		in %						
Schleswig-Holstein	173	1 943	17	115	48	19	1 472	5,7	573	2,2	
Hamburg	171	2 588	20	.	31	18	1 051	6,1	966	5,6	
Niedersachsen	671	6 274	25	108	141	20	2 901	4,0	1 137	1,6	
Bremen	94	1 527	26	.	15	21	468	6,5	125	1,7	
Nordrhein-Westfalen	2 305	21 243	25	99	289	17	6 108	3,6	2 855	1,7	
Hessen	649	4 958	28	97	104	19	2 271	4,1	287	0,5	
Rheinland-Pfalz	365	3 808	30	121	66	18	2 767	7,5	406	1,1	
Baden-Württemberg	1 402	11 271	26	100	182	20	3 923	4,3	2 666	2,9	
Bayern	1 261	9 876	26	109	204	19	4 760	4,4	4 126	3,8	
Saarland	152	1 168	36	107	17	15	377	3,4	-	-	
Berlin (West)	194	1 480	13	.	33	17	1 943	9,8	283	1,4	
Bundesgebiet	7 438	66 134	25	105	1 131	18	28 041	4,5	13 424	2,2	

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Januar 1976		Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Februar 1976				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 29.2. 1976	Steuereinnahmen			
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		in DM je Einwohner	des Landes	des Bundes	der Gemeinden
									im 4. Vierteljahr 1975		
	in 1 000					in DM je Einwohner					
Schleswig-Holstein	888	755	1 121	49	1 473	136	4 228	350	350	145	
Hamburg	537	489	833	26	1 048	129	7 588	629	2 855	225	
Niedersachsen	2 533	2 130	2 871	132	3 790	137	5 108	349	380	160	
Bremen	222	201	296	9	339	118	5 759	461	1 148	213	
Nordrhein-Westfalen	5 511	4 926	6 227	247	7 912	131	5 865	409	655	179	
Hessen	2 018	1 742	1 973	79	2 592	135	6 496	402	563	167	
Rheinland-Pfalz	1 329	1 099	1 341	65	1 831	141	5 596	346	427	130	
Baden-Württemberg	3 322	2 811	3 161	149	4 426	145	6 177	419	579	169	
Bayern	3 940	3 165	3 581	189	4 959	144	6 458	363	447	157	
Saarland	358	320	451	22	584	134	5 065	346	378	124	
Berlin (West)	532	483	866	26	1 064	126	5 501	322	903	115	
Bundesgebiet	21 278 ^{a)}	18 161 ^{a)}	22 721	993	30 018	136	5 919	391	611	164	

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

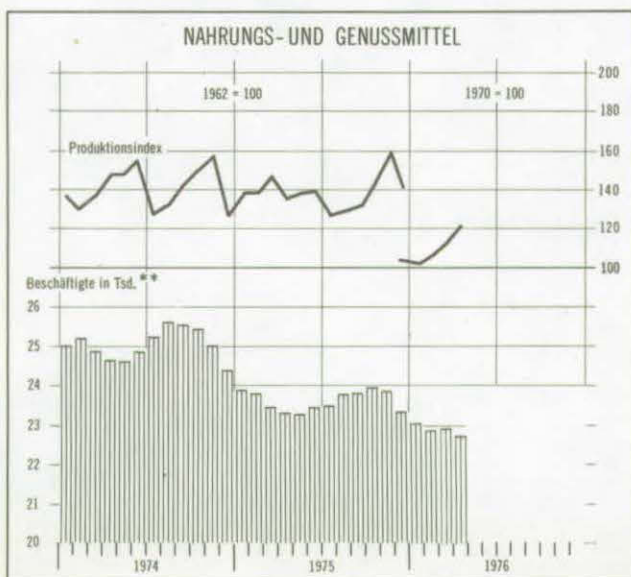
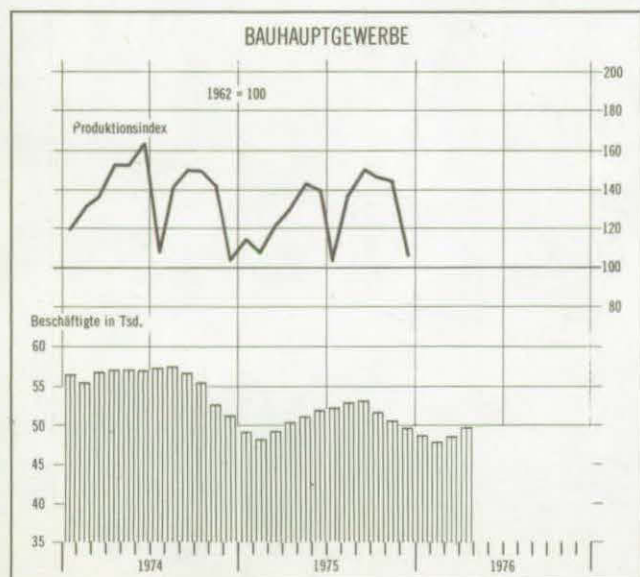
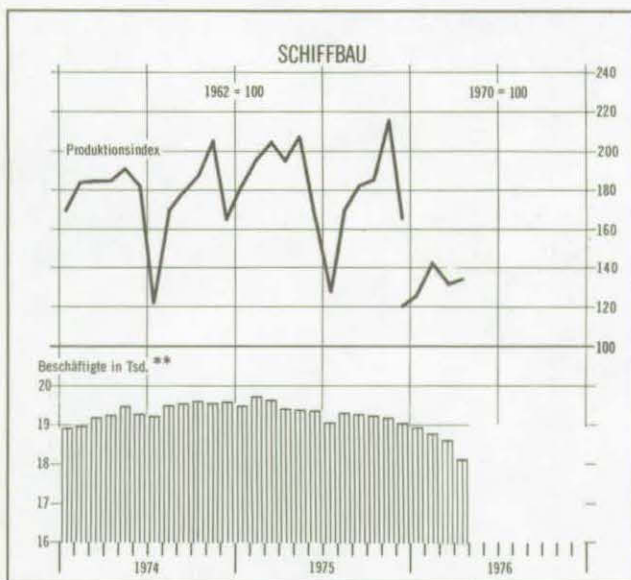
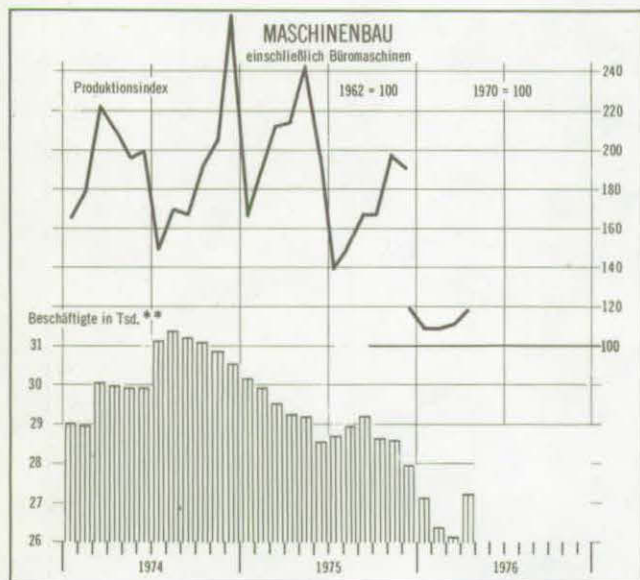
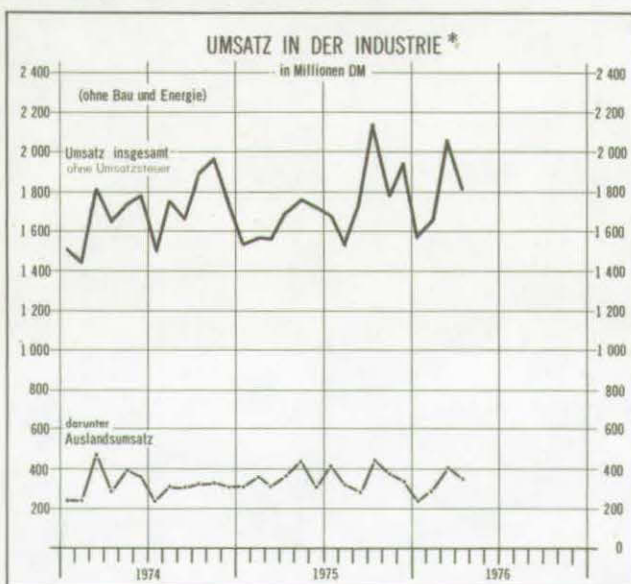
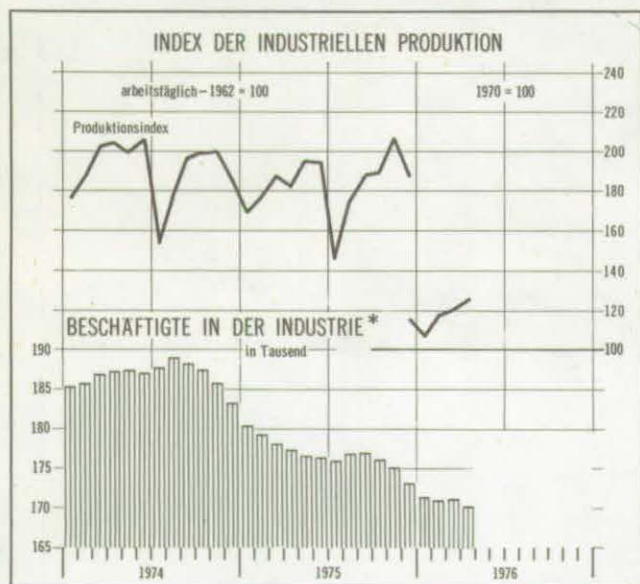
- 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke
 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
 3) von Kalenderregelmäßigkeiten bereinigt
 4) ohne Bundespost und Bundesbahn
 5) einschließlich Kombinationskraftwagen
 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen
 7) ohne Postsparanlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

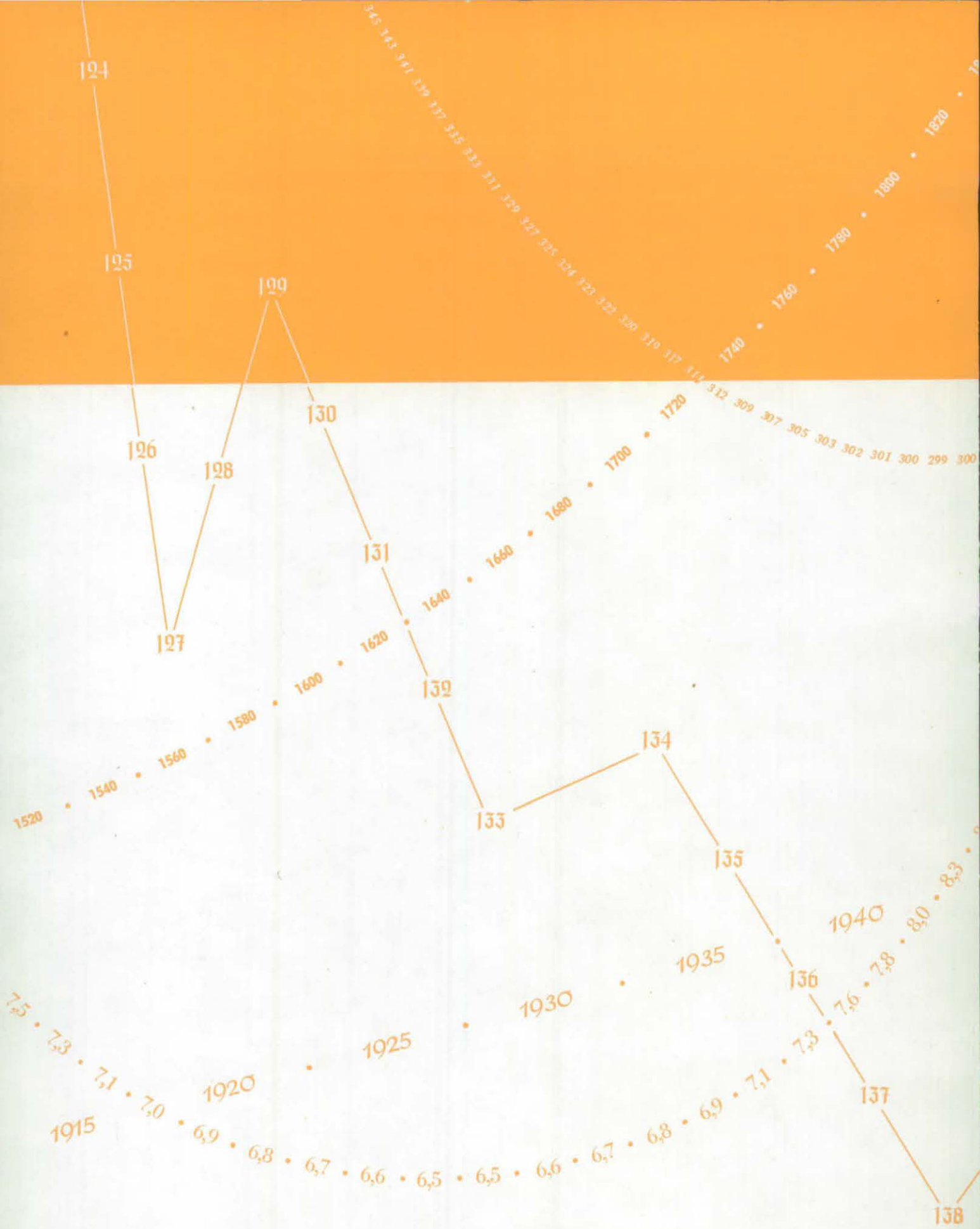
SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

***) in fachlichen Betriebsteilen von Industriebetrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten.



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11
 Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey
 Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM
 — Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen